

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 27. Februar 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Außerordentlicher Gewerkschafts-Kongress zur Arbeitsbeschaffung

Die Bundes-Ausschüßung des ADGB, vom 15. und 16. Februar 1932 hat sich in der Hauptsache mit einem Arbeitsbeschaffungs-Programm beschäftigt, worüber wir ausführlich an anderer Stelle berichten. Wohl stehen in den nächsten Wochen schwerwiegende politische Entscheidungen in Deutschland bevor: Die Wahl des Reichspräsidenten und des Preussischen Landtags. Auch im Reichstag sind zwei Gesetzentwürfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaues unter Umgestaltung der Hauszinssteuer eingebracht.

Aber die Gewerkschaften können bei einem Arbeitslosenheer von 6 1/2 Millionen nicht länger warten! Sie werden — voraussichtlich am 23. März 1932 — in einem außerordentlichen Gewerkschafts-Kongress in Berlin erneut ihre Forderungen zur Arbeitsbeschaffung in breiter Öffentlichkeit erheben und daran erinnern, daß die „Wirtschaftsführer“ der Industrie, der Banken und des Handels in dieser Situation völlig versagt haben. Die Versuche der Brüning-Regierung, durch einen wahnwitzigen

Lohnabbau und geringe Preisherabsetzungen auch nur eine Milderung der wirtschaftlichen und seelischen Not des deutschen Volkes zu erreichen, sind völlig gescheitert und ins Gegenteil umgeschlagen, wie es die Gewerkschaften vorausgesagt haben. Das kapitalistische System kracht in den Fugen, und niemand kann sagen, ob es überhaupt noch einmal in der Lage ist, Besserung herbeizuführen.

Die freien Gewerkschaften haben wiederholt auf die Notwendigkeit vermehrter Planwirtschaft mit dem Ziel des demokratischen Sozialismus als einzige Rettung aus dieser furchtbaren Not hingewiesen.

Eine wesentliche Uebergangshilfe kann die Ankurbelung der öffentlichen Wirtschaft sein, die mit allen Mitteln unverzüglich anzustreben ist.

Auch die furchtbare Mordepest der Nationalsozialisten und ihrer Gegenspieler, der Kommunisten, kann am schnellsten überwunden werden durch sofortige positive wirtschaftliche Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

Der Bundesausschuß nahm daher einstimmig folgende Entschließung an:

„Die in den letzten 1 1/2 Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht. Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewaltsame Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz der Produktion ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.“

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 Proz.; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 Proz. Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu entscheidenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet. Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlüssel zum Durchbruch aus der Deflationsperiode ziele. Der offensichtliche Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Insbesondere ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (Dreißigstundenwoche) trotz der ihr durch die Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Ueberarbeit und die ernsthafteste Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen. — Die Gewerkschaften betonen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftskrise durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung. Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen. Den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnung muß endlich eine positive Politik der Wirtschaftsförderung folgen.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

„Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wieder herstellen.“

Vierte Ausschusssitzung des ADGB.

Am 15. Februar trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 4. Tagung zusammen.

Leipart gab den Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes während der letzten Monate, aus dem wir nur einige Punkte herausgreifen. Insbesondere kritisierte er die unschlüssige Haltung des Reichsarbeitsministers in der Frage der allgemeinen Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit. Der Bundesvorstand hat bekanntlich gegen das Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das den Anschein erweckte, als ob die Arbeitszeitverkürzung in der jetzigen Zeit keine aktuelle Bedeutung mehr habe, entschieden Verwahrung eingelegt und die schnelle Durchführung dieser von den Gewerkschaften nach wie vor vertretenen Forderung verlangt.

In den letzten Monaten stand die Reparationsfrage im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Leipart erläuterte in kurzen Zügen die Haltung des Bundesvorstandes.

Schon seit Jahren sind innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung Bestrebungen im Gange, die Berufsinternationalen entweder zur alleinigen organisatorischen Grundlage des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu machen oder sie doch neben den Landeszentralen als gleichberechtigte Träger der Organisation anzuerkennen. Diese Frage ist auch in letzter Zeit wieder erörtert worden. Die Haltung des Bundesvorstandes ist bekannt. Er ist der Meinung, daß allein die Landeszentralen die Träger des Internationalen Gewerkschaftsbundes sein können. Auch der Vorstand des IGB selbst ist dieser Auffassung. Es läßt sich aber wohl eine Form finden, auch die internationalen Berufssekretariate noch mehr als seither als Bestandteile in den IGB. einzuordnen, etwa dadurch, daß man den internationalen Berufssekretären im Ausschuß des IGB. das Stimmrecht gibt. Das läßt sich um so mehr erwägen, als internationale Beschlüsse so gut wie nie durch Stimmenmehrheit gefaßt werden.

Schlimme berichtete über Steuerfragen. Dom 10. Februar 1932 an wird in der Verpflichtung zur Zahlung der Bürgersteuer eine Erleichterung eintreten. Dieses Ergebnis ist durch gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften aller Richtungen zusammen mit den ihnen nahestehenden Parteien ermöglicht worden. Weitergehende Forderungen dahingehend, daß alle Lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer befreit bleiben, werden vom Bundesvorstand weiter verfolgt. Minister Dietrich hat zunächst Verhandlungen mit dem Deutschen Städtetag zugesagt, um die generelle Befreiung von der Bürgersteuer bei all den Einkommen zu erzielen, die die Unterstützungssätze für die Wohlfahrtserwerbslosen nicht übersteigen. Die Lohnsteuererleichterung aus Billigkeitsgründen auf Grund von § 131 der Reichsabgabenordnung wird behördlicherseits bekämpft. Gegen diesen rechtlich unhaltbaren Standpunkt wehren sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit. Sie fordern, daß die Lohnsteuer erst dann abgezogen wird, wenn das lohnsteuerfreie Einkommen wöchentlich oder monatlich erreicht ist. Der Bundesvorstand fordert die Einführung von Steuerbüchern für unständige Beschäftigte, um eine Regelung in diesem Sinne anzubahnen. Der Reichsfinanzhof hat entschieden, daß auch die ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre lohnsteuerpflichtig seien. Der Bundesvorstand wird im Klagewege gegen diese Auffassung vorgehen. Der Bundesvorstand hat gemeinsam mit dem Vorstand des AFA-Bundes einen Gesetzentwurf für eine schärfere Kontrolle der Werksparkassen ausgearbeitet, der dem Reichstage zugeleitet worden ist.

Schlimme gab abschließend nähere Mitteilungen über den organisatorischen Aufbau der Eisernen Front, für die sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit einsetzen.

Spliedt berichtete über das Krümpersystem, für dessen Durchführung sich der Bundesvorstand in einem Rundschreiben eingesetzt hat.

Kollegin Hanna ging auf die Notwendigkeit der besonderen Werbungs- und Schulungsarbeit unter den Frauen ein. Gewiß ist eine Sonderorganisation der Frauen in den Verbänden nicht empfehlenswert, dennoch muß ihrer Eigenart stärker Rechnung getragen werden, wenn sie für den Dienst an der Gesamtbewegung ergogen werden sollen. Entscheidend ist, daß man die Werbearbeit nicht nur als Berufstätigkeit abstellt, sondern die weiblichen Mitglieder wie die Unorganisierten auch als Frauen und Mütter zu interessieren versteht und sie auf diesem Wege allmählich an die Organisation heranbringt.

In der Aussprache wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß es noch zahlreiche Arbeiter und Angestellte in Deutschland

gibt, die erheblich länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten, und zwar besonders häufig in öffentlichen Betrieben. Diesem Unfug muß gesteuert werden.

Die jüngst bekannt gewordene Auffassung des Reichsarbeitsministeriums über die Frage der Arbeitszeit, daß es nicht angebracht sei, die Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit gegenwärtig weiter zu verfolgen, wird von allen Verbandsvertretern entschieden verurteilt. Die Verkürzung der Arbeitszeit nur in einzelnen Berufen anzuordnen, hielt man nicht für zweckmäßig. Notwendig ist vielmehr, die Verkürzung der Arbeitszeit in großem Umfang durchzuführen. Die Einführung der Dierzig-Stunden-Woche muß mit dem Zwang zur Einstellung von Arbeitskräften verbunden werden. Die in der Verordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen Grundlagen für die Verkürzung der Arbeitszeit genügen nicht zur Durchführung einer solchen Aktion. — Das Krümpersystem ist nur unter bestimmten Voraussetzungen durchführbar, aber wo diese Voraussetzungen gegeben sind, liegt die Anwendung des Krümpersystems im Interesse der Gewerkschaften. — Die Schwarzarbeit ist heute weit verbreitet. Sie ist gegenwärtig Gegenstand einer besonderen Untersuchung im Reichswirtschaftsrat. Die Vertreter der Gewerkschaften haben dort ihre Bereitschaft zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erklärt. — Die Verbandsvertreter waren einmütig der Auffassung, daß der IGB. sich nur auf den Landeszentralen aufbauen kann. Die Haltung des Bundesvorstandes in der Reparationsfrage wurde gebilligt.

Am Schluß der Debatte stellt Leipart fest, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gewerkschaften die Verordnung vom 5. Juni 1931 nicht als Grundlage für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung anerkennen können. Nur die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses können als Grundlage einer solchen Maßnahme dienen.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung.

Die Arbeitsbeschaffung ist die zentrale Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft. Die Gewerkschaften müssen darauf bestehen, daß auf diese Aufgabe alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft konzentriert werden. Diese Ueberzeugung beherrschte die weiteren Verhandlungen des Bundesauschusses, die der stellvertretende Vorsitzende des ADGB. Eggerz mit einer Schilderung der Lage der deutschen Wirtschaft einleitete.

Trotzdem Deutschland sich während des Jahres 1931 mit einem Ausfuhrüberschuß von 2,7 Milliarden Mark im Außenhandel überaus günstig behauptet hat, ist sein Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen gewachsen, ist sein Anteil an der industriellen Weltproduktion von 12 Proz. im Jahre 1928 auf 9 Proz. im Durchschnitt des Jahres 1931 gesunken. Seine Produktion für den Binnenmarkt, der Umsatz im eigenen Land, die Kaufkraft der breiten Massen sind verhältnismäßig stärker zusammengeschrumpft als im Durchschnitt der übrigen Länder. Von diesem Verfall sind fast alle Zweige der Gütererzeugung betroffen. Am furchtbarsten trifft der Zusammenbruch das Baugewerbe und die Baustoffindustrie. In der ersten Januarwoche 1932 waren nur noch 14,3 Proz. der Mitglieder des Deutschen Bauwerksbundes in Arbeit gegenüber 32,3 Proz. im Jahre 1931 und 44,5 Proz. im Jahre 1930. Dieser unheimliche und scheinbar unwiderstehliche Verfall der wirtschaftlichen Kräfte, dessen Tempo in letzter Zeit durch den Rückgang der Ausfuhr noch beschleunigt wird, hat eine Fülle von Plänen, Vorschlägen und Forderungen gezeitigt.

An der Spitze der ersten Gruppe von Plänen, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollte, stand und steht die Forderung nach einer allgemeinen gesetzlichen vierzigstündigen Arbeitswoche. Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, hat aber in dieser Frage völlig verjagt. Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung aufrecht, die eine zwingende Folge der technischen Entwicklung des Produktionsapparates ist. Auch die vom Bundesauschuß im Dezember 1930 erhobene Forderung nach Einführung des 9. Schulfjahres gehört in diesen Zusammenhang. In die zweite Gruppe gehören alle jene Pläne, die die Wirtschaftskrise durch Einführung einer Doppelwährung überwinden wollen. Am bekanntesten unter diesen samt und besonders abzulehnenden Plänen sind die Vorschläge von Feder, für die sich die Nationalsozialisten eingesetzt haben. Alle diese Pläne tragen die Gefahr in sich, daß ein „Armeuteugeld“ eingeführt wird, daß das schlechte Geld das bessere verdrängt. In der dritten Gruppe, in den Plänen für zusätzliche Arbeitsbeschaffung, standen verschiedene Siedlungsprojekte mit in erster Reihe. Der Plan von

Professor Wilbrandt, Erwerbslose an den Stadträndern anzusiedeln, ging davon aus, den Erwerbslosen durch Ueberweisung eines kleinen Stück Landes, etwa 1000 Quadratmeter je Siedler, eine Zusagnahrung zu schaffen. Der ADGB. konnte sich aber nicht für diesen Plan einsehen, denn einen, wie es hieß, „krisenfesten Arbeiter“ durch Stadtrand-siedlungen zu schaffen, erschien durch Verwirklichung dieses Projektes nicht möglich. Die Vorstände des ADGB. und des AFA-Bundes haben sodann zum Siedlungswesen, besonders zu dem Plan der Ansiedlung von Erwerbslosen, Stellung genommen.

Egger t besprach dann eine Reihe von Plänen zur internationalen Arbeitsbeschaffung, Pläne, die im Zusammenhang mit Anregungen von Albert Thomas, Jouhaux und Woytinsky stehen und sich noch im Stadium der Vorbereitung befinden.

Wir können in Deutschland nicht so lange warten, ohne den Versuch zu wagen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung heraufbeschworen hat, fühlbar zu mildern. Die Gewerkschaften erheben deshalb die Forderung, daß alle zuständigen und verantwortlichen Stellen, insonderheit die Reichsregierung, Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammenwirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschleunigt in Angriff zu nehmen.

Leipart sagte die Ausführungen Eggerts in einem Appell an den Bundesausschuß zusammen, indem die unabwiesbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindeutigen Ausdruck fand. Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen geht uns heute der Schrei nach Arbeitsbeschaffung entgegen. Weite Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Lethargie, der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden. Von dieser Tagung des Ausschusses muß der Verzweiflungsschrei der Massen verstärkt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mäßigung aufgeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzusuchen. Sie wissen, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heiß umstrittene Fragen aufwirft. Aber sie müssen eine Lösung finden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesausschuß seine Stimme erheben. Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben. Ein Kongreß muß einberufen werden, auf dem wir öffentlich Anklage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus. Von Notverordnung zu Notverordnung stetig das Elend, von jener Ersten Notverordnung an, die im Dezember 1923, als die soziale Reaktion ihre ersten Triumphe feierte, die Verlängerung der Arbeitszeit brachte, bis zu den Notverordnungen der letzten Jahre, die den Lebensraum der deutschen Arbeiterschaft unerträglich einengte. Im Juni 1931, als die Zweite Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen, im Oktober, als die Dritte Notverordnung Wirtschaft und Finanzen angeblich sicherte, war sie auf 4,7 Millionen gestiegen. Sie wuchs auf 5,3 Millionen, bis die Vierte verhängt wurde, und wiederum ist die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von 6 bis 7 Millionen Menschen weiter gesteigert worden. Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, könnte die Not nicht größer sein. Die Delegierten des Frankfurter Kongresses könnten zu einem außerordentlichen Kongreß zusammenzutreten, der nicht länger als ein bis zwei Tage zu dauern braucht. Wir müssen die Regierung, wir müssen den Reichskanzler auffordern, auf diesem Kongreß zu erscheinen. Denn wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschaffen wird.

Dann folgte ein Referat von Carnow über seinen Arbeitsbeschaffungsplan auf dem Wege der Kreditausweitung.

Er führte u. a. aus: Die ökonomische und finanzielle Zukunft Deutschlands ist trübe. Die deutsche Ausfuhr wird weiter zurückgehen, ihre Verminderung um ein Drittel wird die Arbeitslosen-

zahl etwa um eine Million steigern. Den Tiefstand hat die deutsche Wirtschaft noch nicht erreicht, wenn nicht außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden. Die finanzielle Lage der Gemeinden, der Länder und des Reiches ist außerordentlich gespannt. Wir können nicht länger warten. Die Wahl — zu handeln oder abzuwarten — ist nicht mehr möglich. Wir müssen handeln und bewußt das machen, was früher automatisch bei der Ueberwindung der Krise geschehen ist. Weder von der Verbrauchsseite noch von der Seite der Produktionsmittelerzeugung kann in absehbarer Zeit eine Belebung von selbst kommen. Wir müssen also eine bewußte aktive Konjunkturpolitik führen und die Konjunkturpolitik kann lediglich in der

Arbeitsbeschaffung seitens der öffentlichen Hand

bestehen. Die öffentlichen Arbeiten müssen die früheren privatkapitalistischen Investitionen ersetzen, die jedesmal beim Abschluß der Depression aufstauten und der Wirtschaft den Belebungsanstoß gaben. Die Schwierigkeit besteht in der Finanzierung. Die öffentliche Hand verfügt über keine flüssigen Mittel. Sie ist zwar nicht überschuldet, sie kann aber keine Kredite erhalten, weil das Kredit-system der Welt vollständig desorganisiert ist. Das Versagen des Kredit-systems hat bereits dazu geführt, daß die Weiterführung der Wirtschaft so gut wie unmöglich geworden ist. Der fehlende Kredit muß so oder anderes ersetzt werden.

Wir haben einen Plan aufgestellt, der bereits in der Öffentlichkeit besprochen wurde. Die öffentlichen Körperschaften, die berufen sind, Arbeiten auszuführen, sollen Schuldverschreibungen ausstellen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr eröffneten Kredite ausgenommen werden. Um der Reichsbank Sicherheit zu verschaffen, muß eine Zwischenstelle eingeschaltet werden, die für die Tilgung der für die öffentlichen Arbeiten vergebenen Kredite zu sorgen hat.

Nun bestehen allerdings über den von uns aufgestellten Finanzierungsplan durch Kredit-schöpfung sehr starke Meinungsverschiedenheiten auch in unseren eigenen Reihen. Das hindert uns daran, aus dieser bestimmten Idee eine politische Aktion zu machen. Wir müssen uns darauf beschränken, das Prinzip der aktiven Konjunkturpolitik durch Arbeitsbeschaffung herauszustellen. Darin sind wir uns auch einig. Das Finanzierungsproblem kommt dann ohnedem auf uns zu, es wird auch aus anderen Gründen sehr bald akut werden und wir müssen nur darauf achten, daß Maßnahmen kreditpolitischer Natur, wenn sie ergriffen werden, auch für die Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden.

Ueber das Wagemann-Projekt sprach der Direktor der Arbeiterbank, Bachem. Wagemann ist ausgegangen von der heutigen Situation. Bei früheren Krisen sammelte sich bei den Finanzinstituten Geldkapital, das zu relativ niedrigem Zinsfuß der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden konnte. Bei der gegenwärtigen Krise war die Entwicklung eine andere. Es ist ein plötzlicher Zusammenbruch von Finanzinstituten eingetreten, der Zufluß der Kapitalien ist ausgeblieben. Die Finanzinstitute hatten die goldene Regel der Banken verletzt. Sie hatten kurzfristige Gelder in langfristigen Anlagen angelegt. Wenn dieses falsche Vorgehen der Banken ein Grund für die Versteifung der Krise ist, was kann zur Abhilfe jetzt und für die Zukunft geschehen?

Das Vertrauen in die Finanzinstitute ist weithin geschwunden, das Geldkapital wird gehortet und nicht als Einlagen in die Banken gegeben. Dieses Mißtrauen verschärft die Krisen-erscheinungen. In der modernen Kreditwirtschaft spielt das Giro-geld eine besondere Rolle. Dieses Geld entsteht im allgemeinen auf dem Wege eines Kreditvertrages, den die Bank mit einem Kunden abschließt. Jedes Bankinstitut kann heute einem Kunden einen solchen Kredit einräumen. In diesem Kreditgeld sah Wagemann den Hauptgrund für die heutige Versteifung und er glaubt, das Giro-geld müsse mit dem Deckungsprinzip in Einklang gebracht werden. — Wie ist das möglich in der heutigen Situation? Die Deckung in Gold und Devisen sichert den Spigenausgleich zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften, also den Ausgleich der Zahlungsbilanz. Die Deckung muß sich also in erster Linie auf das Geld erstrecken, das diese Funktion hat. Welches Geld ist das? In erster Linie die große Note von 100 Mark aufwärts und das Giro-geld. Vor allem das Giro-geld in Form von Schecks in der Währung des betreffenden Landes. Für dieses Geld muß eine Deckung vorhanden sein. Für den inneren Markt kommen fast ausschließlich die Scheidemünzen und kleinen Noten in Betracht, die ungefähr vier Fünftel des Geldumschlages ausmachen. Für den internen Geldumlauf ist eine Deckung in Gold und Devisen unnötig. Es muß, so folgert Wagemann, ein fester Block geschaffen

werden, eine ewige Schuld der öffentlichen Hand in Höhe von 5 Milliarden und ein weiterer variabler Betrag von 2 Milliarden zur Deckung der kleinen Noten. Diese kleinen Noten sollen eine beschränkte Zahlungskraft haben, d. h. nur bis zu 500 Mark angenommen werden brauchen. Der Staat allerdings muß sie unbeschränkt in Zahlung nehmen, die Reichsbank ist verpflichtet, sie jederzeit in große Noten umzutauschen. Damit glaubt Wagemann, das Scheidegeld und die kleinen Noten vor Unterwertigkeit zu schützen, ihre gleichmäßige Kaufkraft gegenüber der Ware aufrechtzuerhalten. Der Besitzer der kleinen Noten wäre daher in keiner Weise gefährdet. — Nun ist der Einwand erhoben worden, daß dieser Plan inflationistische Wirkung habe. Er sieht aber keinerlei Vermehrung des Notenumlaufs vor.

Die Illiquidität der Banken ist bekanntlich zum wesentlichen Teil verursacht durch die Verschuldung der öffentlichen Hand. Eine Umschuldung, eine Fundierung der Schulden der öffentlichen Hand ist zwar angekündigt, aber nicht durchgeführt worden. Wagemann schlägt nun vor, daß die öffentliche Hand besondere Obligationen ausgibt, die von den Gläubigerinstituten durch Vermittlung eines Reichsinstituts der Reichsbank zugeleitet werden. Diese gibt dagegen in erster Linie die von dem betreffenden Finanzinstitut eingereichten Finanzwechsel und, falls darüber hinaus noch eine Spanne bleibt, eigene Akzepte oder Warenwechsel zurück. Nur ein dann etwa verbleibender Rest wird auf Girokonto gutgeschrieben.

Mit dieser ewigen Schuld soll also nicht eine Vermehrung des Geldumlaufs geschaffen werden. Erreicht wird damit eine Offenlegung der tatsächlichen Verhältnisse, der Wechselkreiterei wird ein Ende gesetzt und eine klare Unterlage geschaffen.

Eine wesentliche Bremse gegen inflationistische Wirkungen ist durch die Kontrolle über das Giralgeld gewährleistet. 10 Proz. der Giralguthaben der Finanzinstitute müssen durch Guthaben bei der Reichsbank gedeckt sein. Die Finanzwechselschulden der Finanzinstitute müssen eingelöst werden. Heute müssen Kredite zurückgefordert werden von guten Schuldnern. Diesem unmöglichen Zustand würde abgeholfen werden. Weiterhin glaubt er an ein Wiedererwachen des Vertrauens, an einen Rückstrom des gehorteten Geldkapitals, und in seiner Folge an eine Wiederbelebung der Wirtschaft.

Naphtali (Forschungsstelle) meint, daß das internationale Moment bei der Beurteilung der Krisenursache stärker betont werden muß als geschehen ist. Die Krise erweist sich mehr und mehr als eine internationale Kreditkrise. Diese verschärfenden Momente können nur beseitigt werden durch Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Vertrauens und der politischen Beruhigung. Aktive Konjunkturpolitik ist heute identisch mit aktiver Außenpolitik, die auf die internationale, auf die deutsch-französische Verständigung abzielen muß.

Die Verringerung der Arbeitslosigkeit ist der Wunsch von uns allen. Aber er enthebt uns nicht der Prüfung, ob die Arbeitsbeschaffung in der geplanten Form der richtige Weg ist. Das Problem liegt bei der Finanzierung. Sie ist umstritten. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung darf nicht Illusionen wecken. Wenn wir 200 000 Mann durch die öffentliche Hand in Arbeit bringen können, so wäre das ein Erfolg. Die Schwierigkeiten der Finanzierung sind zu groß, als daß es tatsächlich möglich wäre, eine Million Arbeiter in Beschäftigung zu bringen. Natürlich ist Krediterschöpfung möglich, es kommt nur auf die Größenordnung an, es kommt darauf an, wie die Goldreserve und die Anspannung der Notenbank ist.

Wahrscheinlich wird man mindestens 3 Milliarden zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Hand zur Beschaffung von Arbeit für eine Million Arbeiter brauchen. Das muß zu Kreislaufstörungen führen und die Währung gefährden. Gerade in der psychologischen Situation Deutschlands, die zu größerer Vorsicht mahnt als in anderen Ländern. Die Inflationsfurcht muß in Rechnung gestellt werden, die leicht zu einer Inflationspanik führen kann.

Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung ist notwendig. Der Finanzierung sind Grenzen gesetzt und wir müssen uns bewußt bleiben, daß eine aktive Konjunkturpolitik nicht mit dem Ruf nach Arbeitsbeschaffung erschöpft ist, sondern daß vor allem auch gute Außenpolitik und Handelspolitik wichtige konjunkturpolitische Faktoren sind.

Zu Beginn der Aussprache verteidigte Carnow noch einmal gegenüber den Einwänden Naphtalis den von ihm vertretenen Arbeitsbeschaffungsplan und die von ihm vorgesehene Finanzierung.

In der Aussprache wurde die Bedeutung des internationalen Misstrauens als Krisenursache anerkannt, aber es wurde auch nachdrücklich hervorgehoben, daß Deutschland auf die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens nicht warten

könne. Die Lage des Arbeitsmarktes, insbesondere im Baugewerbe, zeigt schlagend, daß die öffentliche Hand eingreifen muß: gerade auf dem Gebiete der Bauwirtschaft, ohne deren Belebung die Ankerbelug der Wirtschaft im allgemeinen nicht kommen kann. Talsperrren, Straßen-, Deich- und Brückenbauten, insbesondere Ueber- und Unterführungen bei Eisenbahnen zur Sicherung des Verkehrs usw. sind solche Aufgaben. Gegen das Siedlungsweesen ist nichts einzuwenden. Wenn aber gesiedelt wird, müssen die Siedlungsbauten nicht unter Einschaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes, sondern im ordentlichen Arbeitsverhältnis durchgeführt werden. Der Massivbau muß gefördert werden, sonst kommt es nicht zu dauerhaften, handwerksmäßig hochgeführten Bauten. Der Fachauschuß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für das Wohnungsweesen hat einen Arbeitsbeschaffungsplan ausgearbeitet, der für Zehntausende, vielleicht für Hunderttausende von Arbeitern Arbeit bringen soll. Die Hauszinssteuer, die auf der Grundlage der Inflationsgewinne der Hausbesitzer beruht, muß in eine Rentenschuld umgewandelt werden.

Die Lösung der gegenwärtigen großen Schwierigkeiten kann jedoch nicht mehr auf der Ebene des kapitalistischen Systems gesucht werden. Wir rufen ins Land hinaus: das kapitalistische System ist am Ende seiner Fähigkeiten. Demgemäß müssen wir Lösungen im Sinne des Sozialismus suchen. Wir brauchen ein Programm von positiven Forderungen mit sozialistischem Charakter. Eine große Zahl von konkreten wirtschaftspolitischen Aufgaben, so die durchgreifende Abschreibung der hohen, aus der gesunkenen Produktion nicht mehr verzinsbaren Anlagen der großen Industrie, können nur mit sozialistischen Mitteln erfüllt werden. Auch weite Kreise des Bürgertums sind heute sozialistischen Ideen zugänglich.

Es ist leider damit zu rechnen, daß sich die wirtschaftliche Lage weiterhin verschlechtert. Denn Arbeitslosigkeit erzeugt neue Arbeitslosigkeit, Not erzeugt größere Not. In dieser Lage berge die Untätigkeit die schlimmsten Gefahren in sich. Die Arbeitsbeschaffung vermag dagegen einen Ausweg aus der Depression zu eröffnen. — Gewarnt wird in der Diskussion davor, die Gefahr der Inflation gering zu schätzen. Der Wagemann-Plan enthält Elemente, die gerade die Gewerkschaften reizen sollten, an der Ausgestaltung dieses Planes mitzuwirken; denn er stellt, um nur eines dieser Momente hervorzuheben, den Kreditapparat unter eine starke öffentliche Kontrolle. Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung im Sinne der vom Bundesausschuß erörterten Vorschläge sind in ihrer Wirkung abhängig von der Umgestaltung des Kreditwesens nach dem Plane Wagemanns. Dieser Plan hat im Zusammenhang mit den Vorschlägen zur Arbeitsbeschaffung die Aufgabe, den Sumpf trocken zu legen und festen Boden, der geeignet ist, Unternehmungen zur Arbeitsbeschaffung zu tragen, erst zu schaffen.

Leipart schloß die Debatte ab. Er stellt fest, daß die Frage, der die Beratungen gewidmet waren, doch so weit geklärt worden sei, daß die Gewerkschaften ihre Forderung nach Arbeitsbeschaffung mit größerer Sicherheit und besser fundierten Gründen in der Öffentlichkeit vertreten können. Die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschlieung wird einstimmig angenommen. (Sie ist bereits auf der ersten Seite wiedergegeben.)

Die Beratungen des Bundesausschusses waren getragen von dem entschlossenen Willen, die ganze Kraft der Bewegung einzusetzen, um die Forderungen des ADGB zur Anerkennung zu bringen und der Verwirklichung entgegenzuführen. Der Bundesausschuß beschloß, den Frankfurter Kongreß in nächster Zeit als **außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen.**

Der Kongreß wird zu geeigneter Stunde die Forderungen der Gewerkschaften an Staat und Wirtschaft, voran den Ruf nach durchgreifenden Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung unter Einsetzung des Ansehens und des Gewichts der gesamten Bewegung vor der Öffentlichkeit vertreten. Mit der Einberufung des Kongresses ist der Bundesvorstand beauftragt.

Damit sind die Beratungen über das Problem der Arbeitsbeschaffung abgeschlossen, und der Bundesausschuß kommt nunmehr zum letzten Beratungspunkt: **Wahl des Bundeskassierers.** Der Frankfurter Gewerkschaftskongreß hatte den Bundesausschuß mit der Wahl betraut. Leipart schlägt im Namen des Bundesvorstandes den Kollegen Ernst Schulze, bisher Sekretär im Bundesbüro, zum Kassierer vor. Ohne Aussprache folgt der Ausschluß diesem Vorschlage und wählt Schulze einstimmig zum Kassierer des Bundes.

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 9

Berlin, den 27. Februar 1932

3. Jahrgang

Währungsprobleme auf der Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft

Am 29. und 30. Januar 1932 fand in Goslar die diesjährige Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft statt, an der etwa 150 Personen aus dem kommunalen Leben teilnahmen. Ueber das zur Zeit so aktuelle Thema „Devaluation und Schuldenabwertung“ sprach Staatsfinanzrat Melkin (Düsseldorf). In überzeugender und verständlicher Art nahm der Referent unter angepanntester Aufmerksamkeit aller Teilnehmer Stellung zu den in der Öffentlichkeit stark diskutierten Fragen über Währungsprobleme unter besonderer Berücksichtigung der Finanzschwierigkeiten in den Gemeinden. Der Referent führte fünggemäß folgendes aus:

Unter Devaluation versteht man die Herabsetzung des Wertes einer Währung im Verhältnis zum Golde. Wenn ein Land eine Devaluation durchführt, setzt es demnach durch Gesetz den Goldgehalt der Währungseinheit niedriger fest als bisher. Wir haben es hier also zunächst im Gegensatz zu den Maßnahmen, die England getroffen hat, nicht mit einer Abkehr von der an das Gold gebundenen Währung schlechthin zu tun, sondern gerade mit ihrer grundsätzlichen Aufrechterhaltung. Die Veränderung besteht nur darin, daß der Goldwert des Geldes eben zu einem niedrigeren Verhältnis als dem bisher gültigen festgelegt und aufrechterhalten wird. Um ein praktisches Beispiel zu nennen: Wenn der Pfundkurs um 20 Proz. gegenüber den anderen Goldwährungen gesunken wäre und die Bank von England durch ein neues Gesetz gezwungen würde, das Pfund nunmehr zu $16\frac{1}{2}$ Mk. statt bisher 21 Mk. umzuwechseln, so hätten wir es mit einer Devaluation, das heißt einer gesetzlichen Abwertung der englischen Währung zu tun. Die im Verkehr befindlichen Banknoten bleiben bei diesem Verfahren äußerlich vollkommen unverändert. Nur im Vergleich zu den ausländischen Währungen würde die Forderung des Goldwertes der Noten die sofortige Folge haben, daß die Währungseinheit infolge ihres geringeren Goldgehaltes entsprechend niedriger bewertet würde. Auf diese Weise gelangt also die Währung automatisch zu einem geringen Wert im Auslande, während der Wert im Inland infolge des Beharrungsvermögens der Preise und der Vorstellung des Inlandes über die bisherige Kaufkraft der Währung sich nur wenig ändern würde. Gerade auf dieses Auseinanderklaffen zwischen Außenwert und Innenwert einer Währung haben es die Anhänger einer Devaluation abgesehen und bauen auf ihr Wirtschaftsprogramm auf.

Es ist nun die Frage zu stellen, ob eine solche Devaluation überhaupt bei uns durchführbar wäre und welches ihre Auswirkungen sein würden. Den Hauptanreiz für eine Devaluation in Deutschland sehen ihre Verfechter in der verstärkten Exportmöglichkeit, die sich aus der Senkung des Außenwertes der deutschen Währung ergeben würde. Der starke Deflationsdruck auf Löhne und Gehälter würde aufhören, und die durch den Export angeregte Industrie würde wohl auch zu Neueinstellungen von Arbeitskräften Gelegenheit haben und der dantiederliegenden Volkswirtschaft einen starken Auftrieb geben können.

Die Anhänger einer Devaluation sind darüber hinaus aber der Meinung, daß nunmehr, nachdem England und viele andere Staaten den Goldstandard ihrer Währungen aufgegeben und deren Außenwert teilweise bis zu 30 Proz. haben absinken lassen, sich die Konkurrenzlage auf den Exportmärkten zuungunsten der deutschen Industrie so stark verschoben habe, daß Deutschland zur Aufrechterhaltung seines Absatzes auf den Auslandsmärkten der englischen Währungsentwicklung zu folgen geradezu gezwungen sei. Wenn

auch die Vorteile, die z. B. Englands Wirtschaft aus seiner Abkehr von dem bisherigen Goldwert des englischen Pfundes erwachsen sind, keineswegs verkannt werden sollten, so ist doch sehr zweifelhaft, und zwar zum großen Teil gerade weil Deutschland schon einmal eine unglückliche Währungserfahrung hinter sich gebracht hat, ob sich diese Vorteile für Deutschland ebenfalls einstellen würden. Bei der starken Rohstoffabhängigkeit Deutschlands würden sich der Außen- und Innenwert der Währung an sich schon verhältnismäßig schneller angleichen als in England. Damit aber ist schon das wichtige Argument gegen den Nutzen einer Devaluation angedeutet. Denn wenn sie ohnehin nur eine ganz kurze Zeit Nutzen der Wirtschaft bringen würde, so sind die mit diesem Experiment verbundenen Gefahren doch sicherlich zu groß.

Gerade bei der Erörterung des Devaluationsproblems zeigt sich, wie unheilvoll sich jedes Währungsexperiment auch für die Zukunft für das betreffende Land auswirkt. Gewißig durch die Inflation der deutschen Mark, haben die Ausländer die jetzt zur Zeit etwa 25 bis 27 Milliarden ausmachenden kurz- und langfristigen Kredite fast ausnahmslos auf fremde Währung und obendrein auf die feste Goldparität der Mark abgestellt. Wir sind also in der unglücklichen Lage, daß uns im Gegensatz zu England die Devaluation der Mark oder die Abkehr vom Goldstandard schlechthin überhaupt keine Entlastung bringen würde. Rehnlich steht es mit den inländischen Schulden. Auch diese würden entsprechend dem unveränderten Binnenwert der Mark in ihrer Last unverändert bleiben. Lediglich für die Ausfuhrindustrie unmittelbar und erst im Gefolge einer stärkeren Wirtschaftsbelebung auch für die anderen Wirtschaftszweige würde sich eine Erleichterung der Schuldenlast nach Maßgabe der besseren Rentabilität einstellen. Für die Landwirtschaft würde sich aber wohl kaum irgendeine Verbesserung ihrer Situation ergeben. Andererseits hat die Devaluation für die öffentliche Hand, soweit sie Auslandsverbindlichkeiten hat, eine bedenkliche Kehrseite, denn da sämtliche Steuern und Tarife nur in unveränderter Nominalhöhe eingehen, könnte sie den Ausgleich für die in Mark erhöhte Belastung aus dem Dienst ihrer Auslandschulden nur darin finden, daß sie die Steuern und Werkscharife erhöhte. Schließlich kommt als schwerster Nachteil die neuerliche Störung des Vertrauens in die Beständigkeit der deutschen Währungsverhältnisse hinzu, die nach zweimaliger schlechter Erfahrung die inländische Kapitalbildung aufs stärkste beeinträchtigen und den ausländischen Kredit für immer erledigen würde.

Zur zweiten Frage, der Schuldenabwertung, werden von ihren Anhängern folgende Gedankengänge vertreten: Durch die Deflation ist die Kaufkraft des Geldes, das heißt der Goldwert gestiegen. Die früher aufgenommenen Schulden sind daher für den Schuldner viel drückender geworden und der dem Gläubiger durch die gesteigerte Kaufkraft zuzufließende Gewinn ist unerdient und muß daher besenigt werden. Als zweites Moment wird dann noch angeführt, daß die Schuldenabwertung gerade im Interesse des Gläubigers erfolgen müsse, um den Schuldner zahlungsfähig zu erhalten. Nun ist zweifellos die Berechtigung der Auffassung, daß die Schuldenlast in Einklang zu bringen ist mit den dem Schuldner verbliebenen Einkommens- und Kapitalwerten, nicht zu verkennen. Die Frage ist aber: Kann und soll die Wiederherstellung der früheren Belastung des Schuldners durch Abwertung der Schulden im Wege eines allgemein wirkenden gesetzlichen Eingriffs erfolgen oder soll

Ne im Einzelfall nach sorgfältiger Prüfung auf dem bisher üblichen Wege zustande kommen. Wenn man die Frage so stellt, dann muß man zu der Auffassung kommen, daß allgemeine Maßnahmen immer sehr ungerecht sich auswirken müssen bei der großen Verschiedenartigkeit der Verhältnisse. Hinzu kommt, daß die Auslandsgläubiger sich einer solchen inländischen Gesetzgebung nicht fügen würden und mit den stärksten politischen und wirtschaftlichen Repressalien (Beschlagnahme der Auslandsguthaben usw.) antworten würden.

Aber ganz abgesehen hiervon, verbietet sich eine gesetzliche Schuldenabwertung auch aus dem Gesichtspunkte, daß durch einen solchen Eingriff in das private Vertragsrecht eine Unsicherheit in unser Kreditssystem hineingetragen wird, die für seinen Weiterbestand von abträglichen Folgen sein muß. Es geht hier letzten Endes tatsächlich um die Grundfrage des Wirtschaftssystems: Entweder man läßt das Risiko des Schuldners bestehen und diesen notfalls alle Konsequenzen tragen, oder man kommt zu einer Wirtschaft, die letzten Endes den verantwortlichen Unternehmer nicht mehr kennt.

Wenn man nun danach fragt, wie wir aus den jetzigen Schwierigkeiten unserer Wirtschaft hinauskommen sollen, wenn man eine allgemeine Schuldenabwertung ablehnt, so ist zu sagen, daß der Weg vor allen Dingen gehen muß über die Zusammenarbeit aller Völker und die Wiederherstellung des Vertrauens in die Sicherheit der außenpolitischen und innenpolitischen Entwicklung. Doraussetzung dafür ist, daß die politischen Spannungen zwischen den einzelnen Ländern zu einer Bereinigung kommen, und daß insbesondere die Frage der Reparationszahlungen und der internationalen Schuldzahlungen, die auf den Weltkrieg zurückgehen, ihre Erledigung finden. In dem Zeitabschnitt der Geburtswehen dieser Regelung befinden wir uns jetzt und unser Bestreben kann es nur sein, diese Zeit nach Möglichkeit zu verkürzen.

Von besonderer Bedeutung sind die Nutzenwendungen, die sich aus diesen Betrachtungen für die Kommunalwirtschaft ergeben. Es ist zunächst erforderlich, sich einige Zahlenangaben vor Augen zu halten: Nach dem Stande vom 31. März 1931 belief sich die gesamte öffentliche Verschuldung, also die Schulden von Reich, Ländern und Gemeinden, im In- und Auslande, kurz- und langfristige, auf rund 24 Milliarden Mark. Davon entfallen auf die Gemeinden 11,2 Milliarden Mark (und von dieser Summe wiederum 5,1 Milliarden, also etwas weniger als die Hälfte, auf die Großstädte). Von den 11,2 Milliarden Mark Gemeindefschulden entfallen etwa 1 Milliarde Mark auf ausländische Kredite und Anleihen. Die Last dieser Schuld würde sich also bei Schuldenabwertung und Devaluation völlig unverändert erhalten.

Wie verhält es sich nun mit den übrigbleibenden inländischen Schulden in Höhe von 10 Milliarden Mark. Hier würden sich allerdings die Devaluation und Schuldenabwertung im praktischen Erfolg verschieden auswirken. Die Devaluation bringt keine Entlastung der inländischen Schulden, da ja nur der Außenwert der Mark verändert wird und die inländischen Schulden infolge des

unveränderten Binnenwertes der Mark in ihrer Schwere völlig unverändert bleiben. Aber von hier aus gesehen, bringt die Devaluation sogar eine Erschwerung für diejenigen Kommunen, die ausländische Kredite aufgenommen haben. Denn für Aufbringung der Verzinsung und Tilgung der ausländischen Schulden müssen sie infolge des gesunkenen Außenwertes der Mark eine entsprechend höhere Anzahl von Währungseinheiten aufwenden, d. h. also, sie müßten in ihre kommunalen Etats bei Unterstellung einer 20proz. Devaluation der Mark die Annuitäten für die Auslandsschulden mit um 25 Proz. höheren Beträgen der Währungseinheit einsetzen. Bei der Schuldenabwertung, die sich ja nur auf die im Inland aufgenommenen Schulden erstrecken könnte, würde dieser Nachteil erspart bleiben und dem Schuldner der volle Nutzen der Erleichterung zugute kommen. Aber die Erleichterung, die sich hinsichtlich der bisherigen, d. h. der alten, Schulden einstellen könnte, würde voll aufgewogen durch die Zerstörung jeder künftigen Kreditmöglichkeit.

Profitiert also die Kommunalwirtschaft bei einer Devaluation oder Schuldenabwertung? Bei der Devaluation, wie wir gesehen haben, profitiert sie nichts, im Gegenteil, sie verliert. Bei der Schuldenabwertung würden die inländischen Schulden eine entsprechende Minderung erfahren. Die mit ihr zwangsläufig verbundenen Nachteile für den neuen Kredit müssen aber jeden einsichtigen Kommunalpolitiker zu der Ueberzeugung bringen, daß man solche Experimente ablehnen muß. Wir sind mit vielen Mühen und einigen Anfangserfolgen seit der Stabilisierung an den Aufbau des Kommunalkredits gegangen. Die öffentliche Meinung und die Behörden haben, wie wir ja alle zur Genüge wissen, aus ihrem Mißtrauen gegen den Kommunalkredit kein Hehl gemacht. Wenn in den letzten Zeiten hierin immerhin ein Wechsel sich anbahnt, der nicht zuletzt aus der besseren Erkenntnis der Zwangslage der Kommunen und dem an sich bei ihnen andererseits gezeigten ernstlichen Willen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, seinen Ausgang nimmt, so wäre es katastrophal, wenn nunmehr auch nur der Eindruck entstehen könnte, als wenn die Kommunen über die Gesetzgebung derartige gefährliche Wege beschreiten wollten.

Selbstverständlich übersieht man die gegenwärtigen und die vielleicht noch größeren zukünftigen Schwierigkeiten nicht, die auch auf die Befriedigung der Kommunalgläubiger Rückwirkung haben können. Aber die Lösungen, die hier — zu notwendig sind, müssen unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Kapitalanspruchs der Gläubiger gefunden werden, und zwar von den Stellen, die letzten Endes die Verantwortung tragen für die öffentliche Finanzgebarung, d. h. unter dem Gesichtspunkt des Finanzausgleichs und der Lastenverteilung.

Das hervorragende Referat wurde in der Diskussion ergänzt, an der sich u. a. die Herren Dr. Haackel vom Reichsstädtebund, Dr. Karding von der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarbanken, Dr. Kleiner von der Deutschen Girozentrale, Landrat Dr. Kranold-Sprottau, Ministerialdirektor von Lepden vom preussischen Innenministerium beteiligten. J. Orlopp.

Nazi-Schwede möchte den Gesamt-Verband ausröten

Zum drittenmal mußte der Diktator von Koburg erfahren, daß seine Befehle (in den Koburger städtischen Betrieben gibt es nur noch Mannschaften und Befehle) wohl für die geistig Armen in der SA. angebracht sein mögen, nicht aber Evangelium sein müssen für die städtischen Arbeiter, die sich noch Mannesmut bewahrt haben, auch gegenüber einem Nazibürgermeister. Dreimal wurde gerichtlich bestätigt, daß die von Schwede (so heißt der Gewaltige von Koburg) angeordneten Entlassungen fleißiger und tüchtiger städtischer Arbeiter keinen gesetzlichen Rückhalt haben. Wurde schon die Entlassung des Badedieners Bernreuther von den Bürgern der Stadt Koburg nicht verstanden, so wird die fristlose Entlassung des städtischen Arbeiters Roth, die ohne vorherige Derwarnung erfolgte, ebenfalls nicht verstanden werden, wenn man bedenkt, daß der Grund einzig und allein der ist, daß Roth zweimal je ein Glas Bier während der Arbeitszeit in der Schlachthofkantine getrunken hat. Das Arbeitsgericht Koburg und das Landesarbeitsgericht Bamberg haben beide entschieden, daß die Entlassung Roths unwirksam ist und daß neben dem Tragen der Kosten beider Rechtszüge die Stadt Koburg zur Fortzahlung des Lohnes an Roth vom Tage der Entlassung an verpflichtet ist.

Zweimal wurde an Stelle der Weiterbeschäftigung der zu unrecht entlassenen Arbeiter die Bezahlung der Entschädigungs-

summe gewählt. Der Grundsatz Schwedes lautet: „Wer seinen Arbeitgeber verklagt, hat seine Weiterbeschäftigung bei ihm verwirkt.“ Als aber die letzte Klage des städtischen Arbeiters Roth ihm die Fortzahlung des Lohnes auferlegte, mag Schwede doch daran gedacht haben — da ja auch er schon einmal seinen Arbeitgeber (die Stadt Koburg) verklagt hat — daß man ja schließlich einem Arbeiter auch bei einer Weiterbeschäftigung die Arbeit zur Hölle machen kann. Man kann sogar zwei Fliegen mit einem Schlag treffen: 1. man stellt den Arbeiter wieder ein und hängt über ihn das Damokles-Schwert der drohenden Entlassung; 2. man bezahlt ihn um zwei Lohnstufen niedriger, trotz gleicher Tätigkeit, und kommt so wieder zu dem Ersatz der entstehenden Gerichtskosten. Diesen letzteren Weg hat Bürgermeister Schwede beschritten. Es genügt ihm nicht, den Arbeiter 1. mit einem Stundenlohnentzug, 2. mit einer strengen Derwarnung und 3. mit der Androhung der fristlosen Entlassung zu bestrafen, sondern er möchte ihn auch materiell treffen, indem er als 4. und rückwärtsloseste Strafe, noch die Zurückveretzung um zwei Lohnstufen auf dem Dienstwege verhängt.

Wenn Schwede nicht weiß, daß dies nicht zulässig ist, wird nichts anderes übrigbleiben, als daß ihm vom Gesamt-Verband klargemacht wird, daß das nicht geht. Dorkünftig gilt noch die Zer-

fassung von Weimar. So hart es den Nazis auch ankommen mag, die städtischen Arbeiter von Koburg werden Mittel und Wege finden, ihre Rechte zu wahren. Die organisierten Gemeinbearbeiter sind schon mit respektableren Herren fertig geworden, als mit diesem Schwede. Im Interesse der Steuerzahler möchten wir den Hakenkreuzrittern empfehlen, mehr das Arbeitsrecht als die Befehle des Ofsas alias Obergendarm von Hildburghausen zu studieren, um dem sowieso recht dünnen Stadtsäckel die Kosten für unnötige und verlorene Prozesse zu ersparen. Die Bürgerschaft von Koburg sollte die Nazis in ihrer Stadtverwaltung persönlich haftbar für diese Geldverschwendung machen.

Zwecks Ausrottung des Gesamt-Verbandes hat sich nun ein sogenannter „Reichsverband Deutscher Arbeiter in den städtischen Betrieben“ aufgetan. Auf nazipolitischer Grundlage aufgebaut, sollen die Arbeiter der städtischen Betriebe gezwungen werden, diesem Pflänzchen zum Leben zu verhelfen. Jeder gewerkschaftstreue, klassenbewußte Arbeiter lehnt es aber mit Abscheu ab, braungelbe Dereinsmeierei zu unterstützen. Auf schlechtem Boden gewachsen, wird deshalb der Koburger Nazi-Gispitz kein langes Leben haben. Wir wiederholen auch heute wieder: „Noch wachsen die Nazi-Bäume nicht in den Himmel!“ Und wenn Nazi-Linke in öffentlichen Versammlungen den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten droht: „Wer den Anschluß an die NSDAP verjäumt, hat die Folgen zu tragen“, so möge er sich in acht nehmen, damit er nicht die Folgen seines Bramarbasierens zu tragen hat, wenn die Koburger Nazistuben ausgefegt werden. Jetzt heißt es erst recht: „Trotz Schwede und Linke Treue der Gewerkschaft und hinein in den Gesamt-Verband!“ An dieser Eisernen Front werden sich die Nazis die Köpfe eintrennen.

Reichs- und Staatsarbeiter

Zusatzversorgungsanstalt. Der Vorstand der ZUDA hat eine Ergänzung des § 37 der Satzungen vorgenommen, der auch der Aufsichtsrat zugestimmt hat. Veranlassung dazu war, daß die Renten nach den Satzungen zu kürzen waren, wenn sie mit der Invalidenrente zusammen den vorgeschriebenen Betrag überschritten haben. Es ergab sich hieraus, daß die Renten bis zum Betrage von einigen Mark in dem Monat zur Auszahlung kamen, während Invaliden, die die Renten aus § 5 der Uebergangsbestimmungen bezogen, diese Beträge nicht gekürzt erhielten, so daß in gleichgelagerten Fällen bei dem einen Teil besondere Härten zu verzeichnen waren, während der andere davon nicht betroffen wurde. Es werden also in Zukunft Renten, die unter dem Betrag der Renten nach § 5 liegen, von dem Vorstand der ZUDA nicht mehr gekürzt werden. — Es sei besonders bemerkt, daß diese Änderung auf Drängen der Kollegen im Vorstand und im Aufsichtsrat der Kasse vorgenommen wurde und daß hierbei besonders in Erscheinung tritt, daß es nicht gleichgültig ist, von wem die Posten im Vorstand und im Aufsichtsrat besetzt sind. Diese Kollegen haben sich jetzt durch ihre Tätigkeit mit der besonders schwierigen Materie bekannt gemacht und hineingefunden und werden auch in Zukunft alles daran setzen, daß die reformbedürftigen Satzungen entsprechend eine Änderung erfahren. — Des weiteren gibt das Reichsfinanzministerium folgendes bekannt:

„Die Zusatzversorgungsanstalt hat im Geschäftsjahr 1931 zahlreiche Anträge auf Bewilligung von Anstandsleistungen von Mitgliedern bzw. von Hinterbliebenen der Mitglieder, bei denen die fünfjährige Wartezeit noch nicht erfüllt war, erhalten. Die Zusatzversorgungsanstalt ist auch im Jahre 1932 nach dem für das Geschäftsjahr 1932 aufgestellten, vom Aufsichtsrat der ZUDA genehmigten Voranschlag nicht in der Lage, Anträgen auf Bewilligung von Zusatzrenten, Witwen- und Waisenrenten in Fällen, in denen die Wartezeit noch nicht erfüllt ist, stattzugeben. Derartige Anträge sind daher zwecklos. — Der Zusatzversorgungsanstalt stehen lediglich Mittel zur Verfügung, um beim Tode eines Mitgliedes oder der Ehefrau eines solchen nach dem 1. Januar 1932 ein jahungsmäßiges Sterbegeld bewilligen zu können. Formblätter für die Antragstellung sind bei der ZUDA anzufordern (Formblatt LVIII). Die Bewilligung ist möglich, auch wenn eine fünfjährige Mitgliedschaft noch nicht vorliegt, jedoch im allgemeinen davon abhängig, daß eine mehr als zehnjährige Reichs- und Staatsdienstzeit und besonders schwierige wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen. — Ferner ist es der Zusatzversorgungsanstalt wie bisher im beschränkten Umfang möglich, Kosten eines Heilverfahrens für die Mitglieder sowie für deren nicht anderweitig versicherten Ehefrau usw. gemäß § 49 der Anstaltsatzung zu übernehmen, sofern nicht Leistungen anderer Versicherungsträger in Betracht kommen.“

Breslau und Neuhammer. In der gut besuchten Versammlung der Reichs- und Staatsarbeiter am 12. Februar in Breslau referierte Kollege Römer (Berlin) über die Arbeitsverhältnisse der Kollegen. Neben den verschiedensten Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedschaftsgruppen wurden insbesondere die letzten Vorgänge in den Kliniken behandelt. Die Aussprache ergab, daß in dem letzteren Bereich noch immer mit unliebsamen Vorkommnissen zu rechnen ist und dadurch eine dauernde Beunruhigung des Personals hervorgerufen wird. In bezug auf die geplanten Sparmaßnahmen bei den Kliniken und Instituten wurde von den Kolleginnen und Kollegen verlangt, daß von der Organisation alles getan wird, um zu verhindern, einseitige Maßnahmen zu ihrem Schaden in Erscheinung treten zu lassen. Die Ausführungen des Referenten über die Bemühungen der Organisation in dieser Frage zeigten ganz klar, wie im Interesse der Mitglieder jeweilig gehandelt wird, um sie vor Schaden zu bewahren. Leider muß aber gesagt werden, daß ein Teil der Arbeitnehmer in den Reichs- und Staatsbetrieben den Wert der Zugehörigkeit zur Organisation noch nicht erkannt hat und somit für die Verbandsmitglieder noch gute Werbemöglichkeiten gegeben sind. — Am nächsten Tage wurde eine Reichsarbeiterversammlung in Neuhammer a. O. abgehalten. Bei den hier tätigen Kollegen der Reichswehrdienststellen ist das Klassenbewußtsein im besten Sinne des Wortes stark vorhanden. Demzufolge besteht ein geradezu glänzendes Organisationsverhältnis. Diese Tatsache hat sich für die Kollegen nach jeder Richtung hin gut ausgewirkt. Es ist deshalb auch ein sehr gutes Zusammenarbeiten zwischen Dienststellenleitungen und Betriebsrat zu verzeichnen. Die Versammlung wurde von den Kollegen vollzählig besucht und nahm einen glänzenden Verlauf. Interessierten die Ausführungen des Referenten, Kollegen Römer, über die Arbeitsverhältnisse der Lohnempfänger im Bereich des Reichswehrministeriums schon besonders, so waren die Ausführungen über die Bildung der „Eisernen Front“ für die Kollegen von ganz besonderer Bedeutung. Alle zeichneten sich in die ausgelegte Liste ein, um dadurch zu dokumentieren, daß die Freiheit über alles geht und jede Unterdrückung der Arbeiterbewegung entschieden abgelehnt wird. Es wäre nur zu wünschen, dieses schöne kollegiale Verhältnis dieser Kollegen auf die gesamten Reichs- und Staatsarbeiter übertragen zu können, dann würden viele Schwierigkeiten, mit denen wir jetzt noch zu kämpfen haben, beseitigt sein.

THEATER • KINO • VARIÉTÉ

Schließung des Prinzregententheaters in München. Wie wir der „Münchener Post“ entnehmen, gibt die bayerische Staatsregierung bekannt, daß vom 1. September 1932 ab der gegenwärtige Drei-Theaterbetrieb der Bayerischen Staatstheater auf den Zwei-Theaterbetrieb und damit — vorbehaltlich einiger Abweichungen im einzelnen — auf den Umfang beschränkt wird, wie er vor dem Weltkriege bestanden hat. Der regelmäßige Schauspielbetrieb im Prinzregententheater soll ab 1. September 1932 eingestellt und dieses Theater künftig nur zu den herkömmlichen Festspielen im Sommer benützt werden, die im bisherigen Umfang fortgeführt werden sowie zu Sonderveranstaltungen der Oper und des Schauspiels während des regelmäßigen Spieljahres. Im Nationaltheater sollen künftig wöchentlich sechs Opern und ein Schauspiel, im Residenztheater wöchentlich sechs Schauspiele und eine Oper gegeben werden. Diese Betriebsumstellung ermöglicht es, die Personal- wie die Sachausgaben der Staatstheater bedeutend zu senken. Die Ausgabenminderung wird sich schon im Rechnungsjahre 1932, in dem für fünf Monate (1. April bis 31. August) der bisherige Drei-Theaterbetrieb weitergeführt wird, mit erheblichen Summen auswirken. Die einschlägigen Ziffern werden dem Voranschlag für den Staatshaushalt 1932 zu entnehmen sein, der demnächst dem Landtage vorgelegt werden wird. Die beteiligten Ministerien verkennen nicht, daß die von der beabsichtigten Betriebsumstellung zu erwartenden finanziellen Erleichterungen für den Haushalt des Staates und der Stadt München mit einem beträchtlichen Opfer auf dem Gebiete der Kunstpflege und der Volksbildung und mit wirtschaftlichen Nachteilen für das vom Abbau erfasste Personal der Staatstheater erkauft sind. Nachdem jedoch die Möglichkeiten, im Rahmen des jetzigen Betriebes Sparmaßnahmen größeren Umfangs vorzunehmen, erschöpft sind, erblicken die beteiligten Ministerien einzig in der Beschränkung des Betriebsumfangs eine Handhabe, um unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Staatstheater auf der künstlerischen Höhe zu halten, die der Tradition der bayerischen staatlichen Kunstpflege, dem Rufe der Staatstheater und dem Ansehen der mit ihnen aufs engste verbundenen Stadt München entspricht.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Die Arbeitsgemeinschaft der Junggärtner im „Kampf“

Die Junggärtner kommen in Bewegung! — Auch diejenigen, die da glauben, sich der Bewegung immer wieder entgegenstemmen zu sollen. Die „Dinge, die das Denken bewegen“, sind stärker als die Hemmungen, die auf vorgeschriebenen Wegen der Bewegung bereitet werden.

Es muß der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Junggärtner“ sehr unangenehm gewesen sein, daß wir den Tatbestand des vorgeschriebenen Weges feststellten, auf dem sie „frei von gewerkschaftlichen Bindungen den Sinn ihrer Bewegung gerade in dieser Zeit erfüllen soll“. — Darum noch einen Aufruf! Aber auch eine neue Verlegenheit. Wie sag ich's meinen Kindern, da ich doch eigentlich gar nichts zu sagen habe? — Da mußten zunächst schnell ein paar Phrasen helfen: „Die Fronten scheiden sich“ und „Die Zahl derer, die zu uns gehören, wird jeden Tag größer“. Gewiß, das war schön gebrüllt! Aber bald klingt's erhebllich leiser: „Es gehört sich, daß wir in „engster Freundschaft“ zusammenhalten; es kommt darauf an, daß sich „der einzelne“ nicht durch äußere Einflüsse bewegen läßt, „abtrünnig zu werden“ und daß wir im „engsten Kreise“ für Mitarbeit sorgen.“

Die vorher aufgestellte Behauptung von der täglich „größer“ werdenden Zahl klingt danach ein wenig unwahrscheinlich. Und in dieser niederdrückenden Stimmung erklärt man, mit einer kleinen Spitze gegen uns, doch mit geschlossenem Munde, also nicht gerade sehr mutig: „Ohne daß wir innen- oder außenpolitische Erfolge erringen wollen, sind wir für unseren Beruf tätig.“ Wunderbar diese Bescheidenheit! — Aber warum dann der ganze Aufruf, die Junggärtner möchten sich „von dem Abschluß des Auslandes gegen jede Einfuhr“ auf den Plan zwingen lassen, Fühlung mit allen „über- und untergeordneten“ Stellen nehmen und alle Gelegenheiten nutzen. Wenn man doch keine Erfolge erringen will, warum der mit einer Fragekarte versandte Stoßseufzer: „Wohlauf im „Kampf“ für unseren Beruf.“

Es ist also reichlich konfuse Zeug, was die AdJ. dahersammelt, seit sie sich mit den Dingen befassen muß, die jetzt auch das Denken der Junggärtner bewegen.

„Ich möchte gern — doch ich traue mich nicht.“ Dieses im gleichen Heft des „Junggärtner“ stehende Ueberschriftswort kennzeichnet tatsächlich auch die jetzige Situation der „Arbeitsgemeinschaft“. Sie möchte heraus aus der Enge des Internats, jener strengen Lehr- und Erziehungsanstalt, das sie nach dem Willen des RdbG. darstellt; sie möchte auch ankämpfen gegen das Elend, das im Gärtnerberuf für die Arbeitnehmer ganz besonders groß ist, aber — sie trauen sich nicht, abzuweichen von dem ihnen vom Unternehmerverbände vorgeschriebenen Wege! — Darum schwagen sie von der „Selbständigkeit ihrer Ideen“ und von ihrem „Kampf für den Beruf“, überlassen aber in Wirklichkeit das tatkräftige, opfermutige Ringen gegen Not und Elend der Arbeitslosen sowohl als auch den Kampf gegen Ausbeutung und Knechtschaft der Arbeitenden denjenigen Junggärtnern, die in die Front der Gewerkschaftsbewegung sich einreihen. Und das ist erfreuliche Tatsache: Deren Zahl wird von Tag zu Tag wieder größer.

Ein Abend bei Reichsverbands-Junggärtnern

Es war uns bekanntgeworden, daß in der Gruppenversammlung der „Gartenbauern“ gebeten worden war, doch die Söhne und Gehilfen mehr als bisher in die Versammlungen der Junggärtner zu schicken. Darauf hatten wir drei „Rotgrünen“ uns entschlossen, diesen Junggärtnerabend uns auch einmal anzusehen. Es war schon 8 Uhr vorbei, als wir eintraten und als einzigen Anwesenden den Herrn Referenten des Abends vorfanden. Geraume Zeit verstrich, als endlich ein Herr der grünen Kunst nach dem anderen erschien, fein gestriegelt und gebügelt, mit weißen Handschuhen und offenbar auch gewaschenen Händen. Allgemeines Verbeugen und Vorstellen, stumm und ängstlich. Sehr zögernd und vorsichtig entspann sich eine Unterhaltung über betriebliche Fragen, doch blieb sie gleich bei den Lehrlingen hängen. Einer wurde kritisch und klagte, daß viele Jungen Gärtner lernen, weil sie zu etwas anderem nicht fähig und beim Schulexamen durchgefallen seien oder der Arzt einen Beruf in der frischen Luft empfohlen hat. Also ganz wie ehedem. Auch die übrigen Jünger Floras waren sich klar darüber, daß mit solchem Nachwuchs der Berufsstand nicht zu

heben ist. Trotz allen Diskutierens kamen sie aber doch nicht auf den Kern des Übels, offenbar trauten sie sich nicht heran. Ein Kollege meinte schon, wir könnten daran wohl nichts ändern. Bis einer von uns dazwischen bemerkte: Unsere Arbeitgeber sind doch an der Lehrlingszüchterelei schuld, an ihnen liegt es doch nur, fähige Jungen einzustellen. Das schlug ein wie eine Bombe! Aber ein älterer Herr, offensichtlich der Vorsitzende, der auf die Junggärtner aufzupassen hatte, konnte diese Wahrheit nicht ertragen, stand auf und erklärte: Diese Diskussion kann nicht weitergeführt werden, sie geht ins Uferlose! War das nicht nett von dem Herrn, die jungen Leute vor dem Erkennen der uferlosen Wahrheit zu bewahren?

Gleich darauf, um 21 Uhr, wurde die Versammlung in Anwesenheit von 10 Kollegen eröffnet. Der Referent hielt seinen Vortrag, aber die ausgenötigte „Ausprache“ darüber glitt gleich wieder in andere Bahnen. Einer erzählte, er habe Schädlinge in französischem Gemüse gefunden, ein anderer entdeckte auch sein „deutsches“ Herz und fragte: Warum läßt denn „diese Regierung“ Gemüse aus Frankreich herein, wir haben doch selber genug. Da antwortete der Sohn eines Gemüsehändlers: „Der französische Wirsing wird aber lieber gekauft, er ist grün, der deutsche ist gelb und wird als Weißkohl angesehen, übrigens ist das deutsche Gemüse viel zu teuer. Wo gibt es in jetziger Zeit Salat und wenn, dann kostet die Stiege 2 Mk. und der ausländische aber nur 30 Pf. An diesem können wir doch nur etwas verdienen! Als dann aber ein anderer auf die Einfuhr holländischer Blumenzwiebeln durch deutsche Handelsgärtner und ein Dritter auf die von belgischen Azaleen zu sprechen kam, da brach wieder der aufpassende Vorsitzende die in Gang kommende Aussprache ab, gerade mitten in dem Ausschrei eines nervösen Kerlchens: Das ist Vaterlandsverrat! — Und gehorsamst war alles wieder mäuschenstill. Der Gedanke an die bei freier Meinungsäußerung gewiß bedrohte Stellung beherrschte offensichtlich die Situation.

Und dennoch sieht man heute keinen jener im vorigen März so Fügamen in ihren Stellungen. Die Gefolgschaft in der Junggärtnergruppe der Gartenbauern hat keinen vor der Entlassung bewahrt. Aber ob sie wohl noch weiter zu so klavischer Untertänigkeit unter das Gartenbauerntum unserer Arbeitgeber bereit sind? — Wo wir sie treffen, wollen wir ihnen jedenfalls zurufen: Erwacht und reißt euch ein in die für Gleichberechtigung der Arbeitnehmer kämpfende Reichsfachgruppe Gärtnerei, Park und Friedhof im Gesamt-Verband.

K I m p e l.

Friedhofsgärtnereien sind Handelsbetriebe

Als Erfolg unseres Eingreifens haben wir nachstehende Verfügung der Polizeiverwaltung in Hannover an eine Anzahl Friedhofsgärtnereien zu verzeichnen:

Es ist festgestellt worden, daß Sie an Sonn- und Festtagen außerhalb der von dem Herrn Regierungspräsidenten für den Handel mit frischen Blumen freigegebenen Zeit auf Ihrem Grundstück ohne Benutzung Ihrer offenen Verkaufsstellen gärtnerische Erzeugnisse feilgeboten haben. Sie werden daher auf den Erlaß des Herrn preussischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 6. August 1931 hingewiesen, wonach der Verkauf gärtnerischer Erzeugnisse in allen Fällen, in denen eine feste offene Verkaufsstelle unterhalten wird, als Handelsgewerbe anzusehen ist und der Verkauf von gärtnerischen Erzeugnissen an der Produktionsstätte unter Nichtbenutzung einer gleichzeitig vorhandenen offenen Verkaufsstelle praktisch eine Umgehung der Vorschriften über Ladenschluß und Sonntagsruhe im Handelsgewerbe bedeutet. Die auf Grund des vorstehenden Erlasses angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß Ihr gärtnerischer Betrieb als Handelsgewerbe anzusehen ist. Sie unterliegen daher den Vorschriften über Ladenschluß und Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und haben den Verkauf auch den der selbstgewonnenen Erzeugnisse wochentags auf die Zeit von 7 bis 19 Uhr und an Sonn- und Festtagen von 11½ bis 13 Uhr zu beschränken, außer dem 2. Oster-, Pfingst- und Weihnachtstage, an denen ein Verkauf nicht gestattet ist. Die Polizeibeamten sind angewiesen, bei festgestellten Verstößen gegen diese Vorschrift Anzeige zu erstatten.

In weiterem Verfolg der Angelegenheit hat die Städtische Gartendirektion die Friedhofsbüros angewiesen, die vorstehende Verfügung auf das gewissenhafteste zu beachten und in keinem Fall die gesetzlichen Vorschriften zu verletzen.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Michaelstr. 43
 Verantwortlicher Redakteur: Emil Dittmer, Berlin SO36, Schleißer Straße 43

Formiert Hammerschaften in der Eisernen Front!

Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte haben den Ruf ihrer Spitzenorganisation, „Hinein in die Eisernen Front“, freudig aufgegriffen. Wie in der Heroenzeit der Arbeiterbewegung gehen sie aus der Abwehr zum Angriff gegen den Faschismus vor. Hitler, im trauten Verein mit den Hohenzollernprinzen, den Rittergutsbesitzern, den Generalen, den Herren von der Schwerindustrie, gemeinsam mit den Fememördern, hatte seine Bürgerkriegs-SS. und -SA. für die „Nacht der langen Messer“ vorbereitet, den Tag bereits bestimmt, an dem die politische und wirtschaftliche Knebelung der deutschen Arbeiterklasse vollendet, der Faschismus sein Regiment in Deutschland antreten sollte. Die aus der ungeheuren Not der Weltkrieg geborene Verzweiflungstimmung sollte den brutalen Reaktionen den Raub politischer und kultureller Freiheiten erleichtern. Sie fühlten sich ihrem Ziel so nahe, daß sie anscheinend schon nicht mehr mit der disziplinierten Armee der organisierten Arbeitnehmer rechneten. Ausgelöst durch das Bekanntwerden der Bogheimer Blutdokumente ging ein Aufschrei durch die Arbeiterklasse gegen die bezahlten Landsknechte der Harzburger Front. — Zu entschlossenem Kampf tritt erneut das Heer der Arbeiter auf den Plan für die Aufrechterhaltung der politischen Gleichberechtigung, gegen wirtschaftliche Unterdrückung, gegen Not und Elend. Gewerkschafter, Parteigenossen, Sportler, Reichsbanner und alle Republikaner tragen in den kommenden Wochen und Monaten gemeinsam das Sturmbanner gegen den faschistischen Terror durch das ganze Land. In allen Betrieben stehen die Arbeiter Schulter an Schulter gegen das Eindringen des Hitler-Spuks, gegen das sagemuwobene mystische Dritte Reich mit seinem Blut- und Hungerregiment. — Neben den Formationen des Reichsbanners und der Sportler bilden die Gewerkschaftsmitglieder in allen

Betrieben, Büros und Dienststellen Hammerschaften, die unter der Führung ihrer örtlichen Gewerkschaftsleitungen zusammengefaßt werden. Sie haben die Aufgabe, die von Hitler



befohlene „Hib“-Aktion, d. h. „Hinein in die Betriebe mit dem Faschismus“, durch solidarische Abwehr endgültig zum Scheitern zu bringen. Innerhalb der Betriebe stehen die Gewerkschaftsmitglieder mit den Sportlern und Reichsbannerkameraden als Gewerkschafter vereint zum Angriff auf den Hitlerismus. Für kleinere Orte und Betriebe sollen die Hammerschaften zweckmäßig nicht auf betrieblicher Grundlage gebildet, sondern gemeinsam nach Berufsgruppen zusammengefaßt werden. In größeren Betrieben empfiehlt es sich, Hammerschaften auf betrieblicher Grundlage zu errichten. Bei den Aufmärschen sollen die Hammerschaften in geordneten Kolonnen und in engster Fühlung mit der örtlichen Kampfleitung der Eisernen Front auftreten. Die Leitung der Hammerschaften liegt in den Händen der örtlichen Gewerkschaftsführung. Die technische Gesamtleitung aller drei Staffeln (Hammerschaften, Reichsbanner, Sportler) obliegt in der Regel dem Reichsbanner. Als Angehörige der Hammerschaften kommen nicht in Betracht die aktiven Reichsbannerkameraden und die aktiven Sportler. — Es gilt, in den Betrieben den Geist gewerkschaftlicher Solidarität lebendiger werden zu lassen, das Gefühl der Zusammenstehenmüßens zu stärken. Der Hitlerismus hat neben seiner politischen Zwecksetzung die Aufgabe, mit allen Mitteln die Gewerkschaften auszuhöhlen, kampfunfähig zu machen, ihnen den „Giftzahn“ des „Marxismus“, des „Klassenkampfes“ zu ziehen, sie zu dem machen, was bisher allen Versuchen der Scharfmacher mißlang, zu „wirtschaftsfriedlichen“ — gelben — Werkvereinen. Diese Absicht erneut zu vereiteln, ist Selbsterhaltungspflicht aller! Wir sind erst am Beginn der gemeinsamen Arbeit und schon schreien die in der Harzburger Front vereinten Reaktionäre aller Schattierungen nach Schutz und Hilfe. Die Hammerschaften in der Eisernen Front bekämpfen die Bürgerkriegsvorbereitungen der Faschisten und zugleich die Wirtschaftsnot und das soziale Elend. In der Einheitsfront aller Arbeiter und Arbeiterinnen sind alle willkommen, die gewillt sind, ihre ganze Kraft für die Ziele der Eisernen Front einzusetzen.

Das Dritte Reich und die Frauen

II. (Schluß.)

Eine unerhörte Provokation der Frauenbewegung liegt in den Worten: „Tatsächlich wollen die Frauenrechtlerinnen in ihrem tiefsten Wesen nichts anderes, als sich auf Kosten des Mannes aushalten lassen.“ Und: „Ein grundsätzlich zugestandener, dauernder staatlicher Einfluß der Frau muß den Beginn des offenkundigen Verfalls darstellen.“ Solche Auffassungen sind so niederträchtig und zeugen von einer solchen männerstaatlichen Ueberheblichkeit, daß es unbegreiflich ist, wenn Frauen der nationalsozialistischen Partei nicht nur nachlaufen, sondern bei der Reichstagswahl im September 1930 mehr Frauenstimmen als Männerstimmen für diese Partei abgegeben wurden. Wie ist dies zu verstehen?

Einmal aus dem schon angeführten Grunde: Die NSDAP. läßt die Masse ihrer Wähler im unklaren über ihre wirklichen Ziele und Grundsätze. Dann: Sie hat sich im Laufe ihrer Existenz dauernd gewandelt, indem sie sich von einer revolutionären Partei, die gegen den Kapitalismus auftrat, umbildete zu einer Partei, die mit den Kapitalisten Frieden schloß und die „Heiligkeit des Privateigentums“ anerkannte. (Alles nur, um den verhassten Marxismus besser bekämpfen zu können.) Solche „Umbildungen“ sind aber für politisch ungeschulte Frauen schwer zu verfolgen, und so wissen die meisten von ihnen nicht, wie reaktionär diese sich revolutionär gebärdende Partei ist. (Bei Mussolini ist ja eine ähnliche Umstellung erfolgt.)

Der Hauptgrund jedoch liegt in der Mentalität jener Frauen des Bürgertums, die durch die Demokratisierung unseres politischen Lebens und den damit verbundenen Vormarsch des Proletariats ihre ehemalige Vorzugsstellung wanken sehen. Der Mensch strebt nach Erhaltung einstiger Machtpositionen. Der bürgerliche Haushalt ist proletarisiert, aber die Hausfrau will es nicht wahrhaben. Hinter der „Frau Dr.“ und der „Frau Geheimrat“, die beide ihren Titel von ihrem Mann entlehnt haben, steht keine goldene Fassade mehr. Ihre Kinder sind nicht mehr bevorzugt; sie müssen sich eine Stellung erkämpfen wie jeder andere Mensch auch. Sie selbst sind durch die Erziehung vergangener Zeiten nur auf den Mann dressiert. Selbständig zu denken haben sie nicht gelernt. So

klingt ihnen der Ruf des Faschismus nach der Frau als der „Hüterin des Hauses“ und der „Gebäuerin der Kinder“ wie Sphärenmusik. Denn das Gebiet der Erotik, oft nur das der Sexualität, ist das einzige, das sie beherrschen, auf dem sie sich sicher fühlen. Ihre Mängel werden jetzt zu Vorzügen. Und das „Weibchen“ verteidigt sie in der Meinung, es ginge um „seine heiligen Güter“. Seine wirtschaftliche Abhängigkeit empfindet es als Sorglosigkeit.

Der Faschismus fürchtet die aufgeklärte Frau; denn sie wird die erste sein, die sich weigert, Kinder zu gebären, um den Arbeitgebern die nötige Arbeitsarmee und dem Staat das Kanonensfutter zu verschaffen. Damit ist aber der faschistische Staat in seiner Existenz bedroht. Das tiefe Problem, das hinter der Geburten-einschränkung steht, die ungeheure Tragik der Arbeiterfamilien, das unsagbare Leiden der Proletarierfrau im Lebenskampf sieht er nicht, weil er nicht sehen will diese Tatsachen schwer zu seinen ideologischen Forderungen passen würden. Ursache der Geburten-einschränkung ist nach Ansicht der Faschisten nicht wirtschaftliche Not und Streben nach menschenwürdiger Lebenshaltung, sondern Bequemlichkeit der Eltern und planmäßige Arbeit berufsmäßiger Klassenführer. Der Faschismus bekämpft das Recht der unteren Volksaufhebung ihres Lebensstandards, weil er fürchtet, für die schwere Arbeit gäbe es dann keine Kräfte mehr. Im März 1930 stellten die Nationalsozialisten im Reichstag folgenden Antrag: „Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen, oder in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise solche Bestrebungen fördert... wird... mit Zuchthaus bestraft.“ Diese Partei verlangt also eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen die Abtreibung, die unerhört genannt werden muß. Im Dritten Reich wird die Frau genötigt sein, zahllose Kinder zu gebären, ohne die Hoffnung zu haben, sie aufziehen zu können. Macht sie den Versuch, die „natürliche Fruchtbarkeit“ zu hemmen, wandert sie ins Zuchthaus. Die Betonung der Frau als Gebäuerin geht so weit, daß man im Dritten Reich — man höre und staune! — die „Unsitte“ des unehelichen Kindes gerne mit in den Kauf nimmt. Denn, ob ehelich oder unehelich, aus diesen Kindern werden wertvolle

Schwerarbeiter und wertvolle Soldaten, und sie sind es, die den Bestand des Dritten Reiches sichern. Die kinderlose Frau wird im kommenden Reich der Verachtung anheimfallen, sie wird als „nicht vollwertiges Glied der Volksgemeinschaft“ betrachtet werden. Der „Ehebruch“ des Mannes wird einer Korrektur unterzogen werden, „insofern ein solcher mit Kindesfolge nicht als juristisch zu wertender Ehebruch betrachtet werden kann, nur daß der Betreffende zur Zahlung der Erziehungskosten des Kindes gesetzlich anzuhalten ist.“ Mit anderen Worten: für den Faschismus ist Die Weiberei das ersehnte Ziel! Natürlich: der Frauenüberschuß ist für die Männer da — und damit ist die Lösung des Problems fertig. Glorreich einfach!

Daß die Erziehung darauf hinzuwirken hat, dem Mädchen dies Ideal des gebürtigen Weibchens schmachtend zu machen, ist klar. Das Mädchen wird auf der Schule also nur zu lernen haben, wie man dem Manne gefällt: ein bißchen Kochen, ein bißchen Handarbeit, etwas Dressur zur Konversation werden vermutlich genügen. Nachher wartet man auf den Mann. Kommt er nicht, ja, was dann? Davon schweigt des Sängers Höflichkeit! Nur, daß er seine Laute schlägt, um die uneheliche Mutter zu besingen. Aber nicht um ihrer Tapferkeit willen, mit der sie ererbten Dorurteilen ins Gesicht schlägt, sondern nur, weil sie dem Staate Kinder gebiert. Daß dieser Staat die Sorge für die Kinderzucht übernehmen müßte, das lehnt der Faschismus entrüstet ab. Wozu sind die Eltern da?

Wir sehen also deutlich genug, was uns Frauen im Dritten Reich erwartet: alles, was wir im Laufe der letzten Jahrzehnte an Rechten erworben haben und wozu die Sozialdemokratie uns verholfen hat, wird mit einem Schlage verschwinden: bessere Bildung, aktives und passives Frauenstimmrecht, die Möglichkeit, in außerhäuslichen Berufen zu arbeiten, unsere Stimme in den Parlamenten zu erheben, wenn es sich um unsere ureigensten Frauenangelegenheiten handelt, um Kindererziehung, Kinderpflege, um Fragen der Wohlfahrt. Wir werden geistig als minderwertig angesehen werden, dürfen keine eigene Meinung haben und haben nur für den Mann, den Herrn der Schöpfung, da zu sein.

„Der Faschismus bedeutet für die Frau einen Rückfall in die Zeiten schlimmster Unterdrückung und Versklavung... So sollten denn die Frauen erkennen, daß die Faschisten ihre gefährlichsten Feinde sind, und sich einreihen in die einheitliche Kampffront gegen den Faschismus.“

H e n n y S c h u m a c h e r.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Reichspräsident von Hindenburg hat am 16. Februar offiziell seine Zustimmung zur Wiederwahl gegeben.

Rund 265 000 Einzeichnungen sind das Ergebnis der Küstwoche der Eisernen Front in Berlin.

Die deutschen Abrüstungsvorschläge, die am 18. Februar dem Völkerrund unterbreitet wurden, sehen folgendes vor: 1. Grundtätliche Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und falls dies nicht erreichbar sein sollte, Einbeziehung der verhältnismäßig zu bewertenden ausgebildeten Reservisten der Wehrpflichttheorie in die allgemeine Beschränkung; 2. Begrenzung der Polizei, Gendarmerie und ähnlicher Verbände sowie Verbot von Gas für alle militärische Verwendung; 3. direkte Herabsetzung und Begrenzung der erlaubten Waffen einschließlich des gelagerten Materials nach Art und Menge durch Festsetzung von Höchstzahlen, Vernichtung der über die zugelassene Menge hinaus vorhandenen Bestände.

Die Bayerische Volkspartei hat in einer Versammlung am 18. Februar in München scharf Stellung genommen gegen einen eventuellen Staatsstreich der radikalen Parteien. Die süddeutschen Länder würden erbitterten Widerstand und zäheste Verteidigung der Rechts- und Staatsordnung leisten.

Nationalsozialisten haben am 17. Februar in Banská in Schlesien einen Landarbeiter auf skandalöse Art in seiner Wohnung ermordet und dessen Vater durch einen Streifschuss verletzt. — Der Gau-sekretär vom Reichsbanner, Rusiol, und der Landarbeitersekretär Olsch wurden auf dem Heimweg von einer Versammlung in Biskupitz in Schlesien von Nationalsozialisten diebstahls mißhandelt. — Im Westerwald hat ein SA-Mann einen jungen Arbeiter durch Messerstiche getötet und zwei andere Arbeiter schwer verletzt.

Prinz Oskar von Preußen wurde auf dem deutschnationalen Parteitag am 17. Februar in den Parteivorstand gewählt.

Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften fordert in einem Aufruf seine Mitglieder zur Abwehr jeder illegalen Machtergreifung durch die Nazis auf.

Der Rechtsausschuß des Reichstags hat in Zweiter Lesung einen sozialdemokratischen Gesetzentwurf angenommen, der auf eine Kürzung der Fürstentümer hingiet.

Die Großhandelspreise sind weiter gestiegen, wie die Steigerung des Großhandelsindex für die Zeit vom 10. bis 17. Februar von 99,6 auf 100. Preisbeweise.

Der frühere König Friedrich August von Sachsen ist am 18. Februar gestorben.

Der österreichische Bundeskanzler Buresch hat gegenüber Deutschland, England, Frankreich und Italien den Wunsch geäußert, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten.

Der französische Senat hat am 16. Februar mit 157 gegen 134 Stimmen die Haltung der Regierung in der Wahlreformvorlage verneint und damit das Kabinett Laval gestürzt. Tardieu gelang es, ein Kampfkabinett zu bilden, in dem Laval Arbeitsminister ist, der jedoch kein (linksgerichtetes) Kabinett zustande brachte. Daraufhin ist das wieder rechtsgerichtete Ministerium Tardieu gebildet worden.

Die große Schlacht um Schanghai zwischen den Japanern und den Chinesen hat am 20. Februar begonnen.

Aus unserer Bewegung

Augsburg. In der stark besuchten Jahreshauptversammlung gaben Kollege Felbinger den Geschäftsbericht und Kollege Schuster den Kassenbericht. Trotz der schlechten Verhältnisse ist nur ein geringer Mitgliederverlust zu verzeichnen. Mit der ausgezahlten Unterstützungssumme zu Weihnachten von 465 Mk. wurde viel Not gelindert. Daneben zahlte die Hauptkassa für die arbeitslosen Mitglieder der Ortsgruppe Augsburg an Weihnachtsunterstützung den Gesamtbetrag von 1070 Mk. aus. Die Werbeaktion brachte uns 50 Neu- und Wiederaufnahmen. — Die bisherige Ortsverwaltung wurde wiedergewählt. Folgende Entscheidung fand Annahme gegen vier kommunistische Stimmen:

„Die Generalversammlung stellt fest, daß die Arbeitseinkommen ab 1. Januar 1932 rücksichtslos gekürzt worden sind. Damit ist seit einem Jahre bei allen vertretenen Berufsgruppen eine bis zu 28prozentige Einkommensenkung eingetreten. Reichsregierung und Reichsanwalt versicherten und erklärten bei Inkrafttreten der 4. Notverordnung, daß durch diese Maßnahme keine weitere Senkung des Reallohnes eintreten darf und eine gleichzeitige Preislenkung vor sich gehen wird. Die Generalversammlung stellt fest, daß die Preislenkung mit der Senkung der Arbeitseinkommen nicht entfernt Schritt gehalten hat. Die von 1500 organisierten Mitgliedern des Gesamtverbandes besuchte Generalversammlung erhebt den schärfsten Protest gegen die unzulänglichen, in gar keinem Verhältnis zur Einkommensenkung stehenden Preislenkungsmassnahmen. Die Preislenkungsaktion droht zu verlaufen. Die Generalversammlung fordert vom ADGB und den anderen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, daß mit verdoppeltem Nachdruck der Kampf für die Erhaltung des Reallohnes durch Preislenkungen geführt wird. — Wir unterstützen diesen Kampf um die gewerkschaftliche Selbsthilfe und rufen zu neuen schweren Kämpfen für die Zeit, in der die Zwangsregelung der Löhne wieder abgelaufen ist und das zugefügte Unrecht wieder weggemacht werden muß. Die Generalversammlung gelobt, auch im entscheidungsschweren Jahre 1932 der Eisernen Front für den freigewerkschaftlichen Gesamtverband zu werden und zu wirken.“

Dresden. Im Rahmen der Eisernen Front veranstaltete unsere Ortsverwaltung am 12. Februar eine Kundgebung, für die das Referat der Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der SPD, Genosse Hans Vogel, übernommen hatte. Die Kundgebung wurde vom Kollegen Kurpat eröffnet. Er wies darauf hin, daß in der schwersten Zeit, in der wir augenblicklich leben, die freien Gewerkschaften nicht mehr ausschließlich um die Regelung der Löhne und Arbeitsverhältnisse bemüht sein dürften. Darüber hinaus gelte es, sich einzureihen in die große Abwehrfront gegen den Faschismus, für die Verteidigung der Verfassung und der demokratischen Grundrechte des republikanischen Staatswesens. Rein zahlenmäßig seien die Gewerkschaften den faschistischen Organisationen weit voraus. In der Stadt Dresden ständen den etwa 8000 organisierten Nationalsozialisten nicht weniger als 125 000 Freigewerkschaftler gegenüber. Diese Zahlen müßten ihren Ausdruck in starken Willenskundgebungen finden. Die Kampfbereitschaft und Kampfschlossenheit der Gewerkschaftler müsse auch den Gegnern gegenüber sichtbar zum Ausdruck gebracht werden. Das sei der Sinn der Kundgebung. — Genosse Vogel setzte sich gründlich mit dem Faschismus auseinander und ging dann auf das Thema „Neuer Weltkrieg oder durch Abrüstung und Verständigung zum Weltfrieden“ über. Vogel wies darauf hin, daß unsere Rettung keineswegs in einem deutschen „Freiheitskrieg“ gesucht werden könnte. Auch nicht die Errichtung einer Gewaltdiktatur oder die Rückkehr zur Monarchie seien die rechten Wege. In der tiefen inneren Befinnung auf uns selbst, in der Erfüllung unseres republikanischen Staatswesens mit wahren sozialen Inhalten und vor allem in einer friedlichen Verständigung der Völker sei der richtige Weg aus diesem Chaos zu suchen. Die deutsch-französische Verständigung müsse mit allen Mitteln erstrebt werden. Nachdem Genosse Vogel noch die Reichspräsidentenwahl, die Preußenwahl usw. kurz gestreift hatte, wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Die am 12. Februar 1932 im Erlangen versammelten Vertrauensleute und Mitglieder des Gesamtverbandes geloben, den Kampf um die Abwehr dem Faschismus entgegenzutreten. Sie sind sich klar darüber, daß der Vormarsch der Faschisten in der geschlossenen Front der organisierten Arbeiterkraft seinen unüberwindlichen Widerstand finden muß. Das

innerpolitische Programm der Nationalsozialisten wird diktiert von den deutschen Schwerindustriellen und kann deshalb nicht das Programm der arbeitenden Volksschichten sein. Hitlerische Außenpolitik muß unweigerlich zu einem neuen, in seiner Furchtbarkeit gar nicht zu überschenden Weltkriege führen. — Die Versammelten begrüßen deshalb die Bildung der Eisernen Front, in der alle Kräfte gegen innerpolitisches Scharfmachertum und außenpolitische Kraftheerei gesammelt werden. Im Rahmen der Eisernen Front fordern die Versammelten außenpolitische Freiheit von unbedienten Fesseln und Befreiung von Zahlungen, die das gesamte Weltfinanzgefüge erschüttern müssen. Knechtschaft und Unterdrückung nach innen und außen sind des Menschen unwürdig. — Die Versammelten kämpfen deshalb um eine menschenwürdige Existenz, um ein gerechtes Wirtschaftssystem, für Arbeitsbeschaffung, gegen jeden Krieg, für Abrüstung und Frieden.“

Mit der Feststellung des Versammlungsleiters, daß sich die Gewerkschaften in die Eisernen Front einreihen und einem begeistertem dreifachen „Frei heil“ auf unsere Abwehrfront fand die prächtige Kundgebung ihren würdigen Abschluß.

Düsseldorf. Die Ortsverwaltung hatte ihre Funktionäre zu einer Versammlung mit dem Thema „Gefahr im Verzug! Was will die Eisernen Front?“ zusammengerufen. Nach einem Referat des Genossen Richter wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Die Funktionäre des Gesamtverbandes geloben feierlich, mit allen republikanischen Formationen den Faschismus in der Eisernen Front zu bekämpfen! Keiner von uns ist sicher, daß er sowie seine Familie nicht von der Lawine der Wirtschaftskrise in den Abgrund gerissen wird. Es gibt keinen Teil der Bevölkerung, von dem nicht das gleiche gesagt werden kann. Ungezählte Millionen Mark, die man vom Lohn und Gehalt in Abzug brachte, wurden für eine Bürgerkriegsarmee ausgegeben. Ein ganzer Schwarm von sogenannten Rettern Deutschlands preßt den Faschismus, der Brot und Arbeit bringen soll. Für uns bedeutet der Faschismus die Diktatur und Ablehnung aller sozialen Errungenschaften, die Gefährdung der Verfassung und des republikanisch-demokratischen Staatswesens. Es gilt, die Machtgelüste des Götz Hittler nicht zur Verwirklichung kommen zu lassen. Es gilt, zu kämpfen in der Eisernen Front zur Erhaltung des Koalitions- und Vereinsrechts, der sozialen Errungenschaften, als dazu gehören: das Betriebsrätegesetz, Arbeitszeitgesetz, Arbeitsgerichtsgesetz, Ruhegeldrichtlinien, Alters- und Invalidenversicherungen, Tarifvertragsrecht usw. — In diesem Kampf werden die Mitglieder des Gesamtverbandes ihren Mann stehen, um das Schicksal des arbeitenden Volkes auch in der gegenwärtigen Krise mit zu bestimmen. Es ist unsere heiligste Pflicht, dafür zu sorgen, daß in der jetzt schon bestehenden Eisernen Front zur Niederwerfung der faschistischen braunen Pest die Mitglieder des Gesamtverbandes mit an erster Stelle stehen. Jeder Funktionär verpflichtet sich, auf den Ruf der Eisernen Front, auf den Ruf des Gesamtverbandes, sich in die Hammerscharen des Gesamtverbandes einzureihen. Wir rufen die gesamte Mitgliedschaft auf, daselbe zu tun. In die Eisernen Front! Für soziale Gerechtigkeit! Für wirtschaftliche Gesundung! Für außenpolitische Freiheit, Friede und Völkerverständigung! Wider alle Feinde der demokratischen Republik! Gegen Diktatur des Faschismus!“

Emden. In der Generalversammlung am 7. Februar gab Kollege Huizinga den Geschäfts- und Kassenbericht. Der Mitgliederbestand blieb stabil. Zwei Listen lagen vor zur Neuwahl der Ortsverwaltung. Liste 1 wurde mit großer Mehrheit gewählt: 1. Bevollmächtigter Kollege J. Wiebers; 2. Bevollmächtigter J. Jansen; 3. Kassierer G. Huizinga; 4. Kassierer Martin Martens; Schriftführer D. Wilts. Die große Mehrheit (90 bis 95 Proz.) der Versammlung lehnte die Abstimmung über die von der Opposition eingebrachten Anträge ab.

Königsberg i. Pr. In der Generalversammlung am 8. Februar 1932 erstattete Kollege Tieg den Geschäfts- und Kollege Schulze den Kassenbericht. Das Herzbeckenquartal 1931 hat 285 Neuaufnahmen bzw. Wiedereintritte gebracht. Der Mitgliederbestand beträgt rund 10 000. Der Kassenbestand ist stabil geblieben. In den engeren Vorstand wurden wiedergewählt die Kollegen Tieg und Stetter zu Bevollmächtigten, die Kollegen Schulze und Heinrich zu Kassierern, Kollege Hübnert als Schriftführer. Auch die übrigen Mitglieder der Ortsverwaltung wurden wiedergewählt.

Magdeburg. In der Jahresgeneralversammlung am 12. Februar gab Kollege Kuhnert den Geschäftsbericht. Insgesamt fanden 51 Lohnbewegungen statt, davon eine mit Streik (Glaserknäuer). An diesen Lohnbewegungen waren 886 Betriebe mit insgesamt 15 722 Beschäftigten beteiligt. Die Kosten für die Lohnbewegung betrugen insgesamt 6560,70 Mk. Der Lohnabbau in den einzelnen Gruppen betrug 14 bis 25 Proz. Für die Mitglieder des Gesamtverbandes in Magdeburg bestehen 30 Mantel- und 33 Lohnnarfenverträge. Von den gesamten Tarifverträgen sind 8 Reichstarife, 2 Landestarife, 11 Bezirkstarife, 27 Ortstarife und 15 Betriebstarife. Auf dem Gebiete des Rechtsschutzes waren 134 Strafsachen und Schadenersatzlagen zu bearbeiten. Die Kosten für diese Vertretung vor Gericht betrugen 10 106,66 Mk. Außerdem wurden vor dem Arbeitsgericht 63 Klagen geführt, wo eine Gesamtsumme von 2590,90 Mk. eingeklagt wurde. Von den im Jahre 1931 gewählten Betriebsvertretungsmitgliedern sind organisiert: im Gesamtverband 175, in anderen freien Gewerkschaften 54, Christliche 7, RGO. 4 und unorganisiert 5. Durch diese Zahlen wird ganz besonders das großmütige Geschrei der sogenannten RGO.

über ihren angeblichen Anhang und Einfluß in den Betrieben auf das glänzendste widerlegt. Der Mitgliederückgang ist ganz minimal. Er beträgt 67. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1931 8078. Durch die Werbeaktion im 4. Quartal wurden für die Ortsverwaltung Magdeburg 220 neue Mitglieder gewonnen. — Den Kassenbericht erstattete Kollege Mattern. Die gesamten Einnahmen im Jahre 1931 betrugen 356 950,22 Mk. Die Gesamtausgaben der Ortskasse im Jahre 1931 128 214,97 Mk. An die Hauptkasse wurden insgesamt 206 058,70 Mk. abgeführt. Der Kassenbestand der Ortskasse betrug am Schluß des 4. Quartals 1931 22 676,55 Mk. Auch im verfloffenen Jahre wurde an 1195 Verbandsmitglieder wieder eine Weihnachtsunterstützung von 10 784 Mk. gezahlt. An Unterstützungen aller Art wurde an die Mitglieder des Gesamtverbandes in Magdeburg die Summe von insgesamt 158 501,66 Mk. ausgezahlt. — Die Neuwahl der Ortsverwaltung erfolgte nach Vorschlägen der einzelnen Gruppen einstimmig. — Kollege Schmidt gab dann einen Bericht über die Bezirkskonferenz, der ebenfalls ohne Aussprache zur Kenntnis genommen wurde. Mit einer Aufforderung an die Delegierten, für weiteste Aufklärung in den Mitgliederkreisen für die Eisernen Front und für Anschluß an diese zu sorgen, wurde die von bestem Kampfsgeist besetzte Versammlung geschlossen.

Reichenbach i. Vogtl. In der Generalversammlung am 14. Februar 1932 wurde zunächst der Tätigkeits- und Kassenbericht für das Jahr 1931 gegeben. Der Mitgliederbestand weist einen geringen Rückgang auf. Aus örtlichen Mitteln wurden 1430 Mk. für Notfall-, 49 Mk. für Reise- und 840 Mk. für Weihnachtsunterstützung bezahlt. Für die Hauptkasse wurden 6636,12 Mk. an Arbeitslosen-, 9121,09 Mk. an Kranken-, 2391,50 an Todesfall-, 715,34 Mk. an Rechtsschutz-, 1309 Mk. an Invaliden- und 950 Mk. an Weihnachtsunterstützung, insgesamt 21 123,05 Mk. verausgabt. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entscheidung an:

„Die am 14. Februar 1932 tagende Vertreterversammlung der Ortsgruppenverwaltung Reichenbach erkennt an, daß die Ortsgruppenverwaltung, die Bezirksleitung und der Verbandsvorstand im Berichtsjahre unter Berücksichtigung all der schwierigen Begleitumstände in der Interessensvertretung der Mitglieder die stärksten Anstrengungen gemacht haben. Wenn trotzdem eine Verschlechterung der Lebenshaltung festzustellen ist, liegen die Ursachen dafür nicht im Machtbereich der Organisation. Steigende Arbeitslosenziffern, äußerste Anspannung der Mittel aller Sozialversicherungsträger geboten pflichtgemäß, das Hauptargument mit auf die Erhaltung der grundsätzlichen Rechte der Arbeiterschaft zu richten. Stärkste, nie erlassende Aktivität der Verbandsmitglieder, nicht nur im Verbands-, sondern auch in den weiteren Organisationen der Arbeiterklasse, feste Geschlossenheit im wirtschaftlichen und politischen Leben, schaffen eine der Voraussetzungen für weitere Fortschritte im Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung.“

Nach Bekanntgabe der Aenderung der Reiseunterstützung wurden die Anwesenden aufgefordert, die Eisernen Front in allen Zahlstellen nachdrücklich zu fördern.

Salzwedel. Der Generalversammlung am 6. Februar lag der Geschäftsbericht schriftlich vor. Vor dem Arbeitsgericht wurden 11 Klagen vertreten. Der eingeklagte Lohn betrug 1500 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 13 748 Mk., die Ausgabe 13 945 Mk., Lokalkassenbestand 802 Mk. Für Arbeitslose wurden 1156 Mk., für Kranke 2176 Mk., für Sterbegeld 535 Mk., für Invalidenunterstützung 290 Mk. ausgezahlt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Verbandsvorsitzender Müntner referierte dann über „Die wirtschaftliche Lage“.

RUNDSCHAU

Die Eisernen Front steht kampfbereit! Zu einem Führerappell hatte das Berliner Aktionskomitee der Eisernen Front am 21. Februar, nach der Neuen Welt eingeladen. 4000 Funktionäre füllten den großen Saal. Die Leitung der Veranstaltung lag in den Händen des Vorsitzenden des AFA-Ortskartells, Flatau. Für die Hammerscharen sprach Robert Bredow, der aufforderte, in den Betrieben, Büros und Verwaltungen, wo noch keine Hammerscharen bestehen, diese schleunigst zu bilden. In diese können auch christliche und Hirsch-Dunkerische Gewerkschaftler eingereicht werden, soweit sie guten Willens sind; in der Eisernen Front mitzuwirken. Dann sprach Frig Bartheleman für die Arbeitersportler, Arthur Neidhardt für das Reichsbanner und Franz Küntler für die SPD. Alle Redner, Flatau mit einbegriffen, hielten solch scharfe Anklagereden und Kampfanreden an den Hitlerismus (immer wieder von stärkstem Beifall der Versammelten unterbrochen), wie man sie noch nie gehört hat. Die Zeit des Parlierens und der Geschäftsordnungsdebatten in unseren Versammlungen ist vorbei, jetzt wird gehandelt, wir sind gerüstet und kampfbereit! Das war der Grundton aller Reden. Martha John trug, wie immer, durch ihre Rezitationen wesentlich zu der Begeisterung und Kampfschlossenheit bei, die über der ganzen Versammlung lag. Mit dem Liebes „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ schloß der Führerappell.

Die Kluft

Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

VIII.

Welch aufregender Moment, als Joan dem Kontrolleur ihre Karte vorzeigte und im Gegenstoß zu den Schwierigkeiten des vorhergehenden Tages gemächlich in den wohlbehüteten Saal spazieren durfte! Auf der einen Seite entdeckte sie sogar noch einen freien Stuhl, der ihr, da sie die Lehne als Sitz erkor, zu einem guten Rundblick über das Meer von Köpfen verhalf.

Diese Männer, grübelte Joan, standen im Zentrum einer Krise, in der tatsächlich sie, Arbeiter, zu Rate gezogen wurden und die letzte Entscheidung fällten. Bisher hatten in der ganzen Geschichte ihrer Klassenkämpfe immer andere für sie entschieden, während sich die Arbeiter darauf beschränken mußten, zu kämpfen und zu sterben. Jetzt jedoch wartete ein Ministerkabinett darauf, was sie tun würden, ob ihre Entscheidung Krieg oder Frieden lautete.

Joan Craigs Blick schweifte hinüber zur Estrade, wo eine Gruppe bekannter Führer, von denen sie manche gelegentlich ihrer sozialistischen Propagandafahrten oder in ihrer Stellung als Frauenorganisatorin persönlich kennengelernt hatte, auf die Eröffnung der Konferenz durch den Vorsitzenden harrten. Mit welcher verzerrten Strichen würde die Presse nächste Woche einem verängstigten Publikum diese freundlichen, ehrlichen Männer zeichnen, die eine Umwälzung des gegenwärtigen Systems überhaupt nur nach gänzlichem Versagen aller anderen Mittel erwogen! Noch immer hofften die älteren Führer irgendwie auf ideale Arbeitgeber, die nicht alles an sich rafften, sondern sich mit einem angemessenen Profit zufrieden gaben und den Arbeitern menschenwürdige Löhne und menschenwürdige Behandlung zubilligten. Trotzdem fehlte der revolutionäre Keim nicht gänzlich. Unter den Jüngeren gab es Frauen und Männer, deren Gesichtskreis über die eigene Gewerkschaft hinausging. Sie vernahmen das Mahlen der Räder eines gigantischen Kapitalismus, unter denen der einzelne Arbeitgeber beinahe ebenso hilflos wurde wie der einzelne Arbeitnehmer. Aber die Führung des Massenstreiks würde in den Händen der älteren Männer liegen, Männer wie Thomas, die, obwohl sie unbedingt den Bergleuten beipringen wollten, im Grunde ihrer Seele gern jedes drastische Mittel vermieden hätten.

Und die Regierung? Würde sie diesen Generalstreik als einen verfassungsmäßig berechtigten Lohnkampf anerkennen oder die Maske der Unparteilichkeit abwerfen und sich mit der ganzen Macht des Staates hinter die Bergbesitzer stellen? Und wenn sie es tat? War man darauf vorbereitet? Wie ein kranker Zahn rumorte diese Frage ständig in Joans Denken.

Sie wußte durch ihre Freunde in den städtischen Vertretungen, daß das Innenministerium unauffällig eine Art technischer Not-hilfe ins Leben rief, augenscheinlich eine mit allen Machtbefugnissen des Staates ausgestattete Körperschaft, jedoch ohne seinen lästigen, ungelegenen konstitutionellen Hemmschuh. Unwillkürlich hob sich Joans Brust unter einem schweren Seufzer. Welche Vorbereitungen zur Abwehr mochten ihre eigenen Leute getroffen haben? Unmöglich begannen Männer mit Verantwortungsgefühl wie diese Führer einen solchen Kampf, ohne gegen alles gewappnet zu sein! Neun Monate hatten sie ja Zeit gehabt, aber natürlich gebot ihnen die Klugheit, ihre Pläne sorgfältig geheim zu halten.

Joan war gerade bei dieser tröstlichen Schlussfolgerung angelangt, als die Glocke des Vorsitzenden sie ihrem Grübeln entriß.

Jemandem schien seine Kaltblütigkeit, sein beherrschtes Wesen Vertrauen einzulösen. Der Lärm — Unterhaltung, Begrüßungen, Gelächter — erstarb zu lautloser Stille. Und nun kam der große dramatische Moment. Eine Liste sämtlicher Gewerkschaften wurde verlesen, und jedesmal mußte der betreffende Sekretär erklären, ob seine Gewerkschaft für oder gegen einen Generalstreik zur Unterstützung der Bergleute stimmte. Der zuerst Aufgerufene äußerte ein Nein — er vertrat eine unbedeutende Gruppe. Doch dann dröhnte ein Ja nach dem anderen in die weite Halle hinein: dreieinhalb Millionen Stimmen für den Streik, kaum fünfzigtausend dagegen.

Im Rausch der Begeisterung packte Joan Craig die breite Schulter ihres Nachbarn und schüttelte ihn: „Herrgott, ist das herrlich!“

Der Mann bewahrte sie noch schnell vor einem Sturz von ihrer unsicheren Querleiste, ehe er erwiderte: „Ja, Miß, es ist herrlich und bedeutet für uns Bergleute allerhand. Dieses Mal scheint es wirklich, als ob wir den Kampf nicht allein ausfechten sollten!“

„Nein, nein, das sollen Sie auch nicht!“ Wie ein Jauchzen kam es von des Mädchens Lippen. „Wir stehen alle zu Ihnen.“ Der nächste Redner war ein Transportarbeiter, der sein Leben damit angefangen hatte, in Londons Straßen Ingwerbier von einem Handwagen feilzubieten und der jetzt zu den fähigsten unter den jüngeren Führern zählte. Er verlangte strikte Disziplin und verkündete sodann die sofortige Arbeitseinstellung seitens der Transportarbeiter und der Drucker.

„Ein Meisterstreik!“ wisperte der Bergmann Joan zu. „Das wird der Regierungspreffe eine Lehre sein!“

Anschließend sollten die Industrien stillgelegt werden, Eisen und Kohle, chemische Fabriken, Bauarbeiter, sofern es sich nicht um Krankenhäuser handelte, Elektrizität und Gas. „London ohne Licht! Trefft sie, wo es weh tut!“ hörte Joan die Stimme neben sich.

Der Transportarbeiterführer machte eine Pause, bis das Schweigen in der Halle Joans Ohren fast schmerzte, und schloß dann seine Rede mit den Worten:

„Wir legen euer Ja so aus, daß ihr gewillt seid, alles auf dem Altar dieser großen Bewegung zu opfern. Mag jeder Pfennig, mag jeder Vorteil draufgehen — die Geschichte wird schließlich das Urteil schreiben, daß es eine unvergleichliche Generation war, die sich lieber von allem entblöhte, als ruhig zuzusehen, wie die Bergleute zu Sklaven gemacht wurden.“

Joan, deren kritischer, obstinater Geist sonst nie schwieg, überkam eine weisevolle Stimmung. Sich selbst opfern auf diesem Altar!... Ihr ganzes Sein konzentrierte sich auf den einen leidenschaftlichen Wunsch, des großen Geschehens würdig zu sein. Mit einem Gefühl scharfer Verehrung blickte sie auf den Bergmann neben sich, der unerschütterlich seine Pfeife rauchte. Der Mann aus Durham würde fraglos sehr erstaunt gewesen sein, wenn er sich vergegenwärtigt hätte, daß das temperamentvolle Mädchen, das er vor dem Hintenüberkippen rettete, ihn als Repräsentanten einer gemarterten Klasse ansah.

„Sprechen Sie auch selbst auf Versammlungen, Miß?“ erkundigte er sich jetzt, während er innerlich feststellte, daß sie ein niedliches kleines Ding sei. „Gewiß“, lautete die stolze Antwort. „Ich bin Gewerkschaftsfunktionär.“

„Dann kommen Sie doch bitte auch mal nach Ashington. Wir hören so selten eine Frau.“

„Gern. Und falls keine Züge fahren, schwinde ich mich auf mein Rad.“

„Schön. Hier ist meine Adresse. Wenn ich etliche Stunden vorher Bescheid weiß, genügt das, um ein paar tausend Menschen zusammenzutrommeln.“ Er reichte ihr einen gebrauchten Briefumschlag, aus dem sie erah, daß der neue Bekannte auch Friedensrichter war.

„Friedensrichter? Das kann gerade jetzt ein sehr nützlicher Posten sein, wie?“

„Hm... ich befürchte nur, daß uns die Regierung in den Arm fallen wird. Ah, da spricht Ramsey MacDonald.“

Doch Joan wartete die Schlussrede nicht ab — es trieb sie zu Royd. Als sie aus der Halle trat, sah sie ihn in eifriger Unterhaltung mit Dacre, und sie winkte den beiden zu.

„Kampf!“ Mehr jagte sie nicht.

„Da habe ich euch ja endlich gefunden!“ Unversehens trat ihnen Miß Meadows behäbige Figur in den Weg.

„Hallo, Mary Maud!“ krächte Blain, der auch gerade bei ihnen auftauchte. „Begleiten Sie uns zum Lunch?“

„Lunch?... heißt das etwa, daß das Mädel da seit heute morgen nichts zu essen bekommen hat? Ihr solltet euch schämen.“

„Bitte schön, keiner von uns hat etwas bekommen.“

„Dann steigt alle in meinen Wagen. Susanna wird schon etwas Gutes aufstischen.“ Miß Meadows streifte Royd mit einem fragenden Blick.

„Ach ja, sie begegnen sich ja heute zum erstenmal,“ erinnerte sich Joan.

„Mary Maud, dies ist mein Chef William Royd, vor dessen Stirnringeln ich zittere.“

„Schauen Sie hin, wie sie zittert.“ Lachte Royd fröhlich, und sein offenes Gesicht und seine gütigen Augen gewannen im Sturm Miß Meadows Herz. Er ist ja viel jünger, als ich ihn mir nach Joans Beschreibung vorgestellt habe, dachte sie überrascht.